

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 8/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, incl. ins Haus M. 3.00, wo keine Post am Orte M. 3.50.

# Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Informationen über den Inhalt der Nummer sind in der Expedition oder bei den Kolportage-Gebern zu erlangen. Preis für die nächste Nummer 20 Pf. bis zum 1. März 1908. Abbestellungen sind in der Expedition abzugeben.

Telephon Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 18.

Mittwoch, den 22. Januar 1908.

19. Jahrgang.

### Die neue Völkerwanderung

Vor dem russisch-japanischen Kriege hielt man Rußland mit Grund für den schlimmsten Feind des Weltfriedens. Nun ist Rußland besiegt und auf Jahre hinaus verhindert, einen großen Krieg zu führen. Und doch steht der Weltfriede darum nicht fester auf seinen Füßen. Jeden Augenblick tauchen neue Fragen auf und ereignen sich neue Zwischenfälle, die Verwickelungen und Katastrophen herbeizuführen drohen. Mit Mühe hat man dies bisher vermieden; wie weit es in Zukunft gelingen wird, steht dahin.

Die Ursachen der unaufhörlichen Konflikte unter den Kulturstaaten liegen in den Einrichtungen dieser Staaten selbst. Alle Kulturstaaten sind zur Zeit leider noch Klassenstaaten. Den herrschenden Klassen genügt es nicht, das heimische Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem auszuüben; sie greifen über die Grenzen hinaus und benutzen die Staatsmacht, um anderwärts, in überseeischen Ländern, sich neue Reichthümer zu schaffen. Dabei geraten sie leicht untereinander in Konflikt. Daher die gegenwärtige Unsicherheit.

Dabei sind Fragen aufgerollt worden, deren Tragweite eine unalshbare ist. Namentlich in Asien, wo sich große, weltgeschichtliche Veränderungen vorbereiten. Diese werden auf andere Erdteile von tiefgreifendem Einfluß sein.

Mit der Niederlage Rußlands sind alle die Bestrebungen, welche darauf gerichtet waren, Ostasien zu einer Welt europäischer Mächte zu machen, definitiv abzuweisen, und es ist damit zu rechnen, daß einmal das erwachende Asien zum Angriff übergeht. Während China sich vorbereitet, in dem herannahenden großen Konflikt als eine kriegerische Großmacht aufzutreten, gestaltet sich der Gegensatz zwischen Japan und den Vereinigten Staaten von Nordamerika immer schroffer. Den herrschenden Klassen beider Staaten ist ihr Vaterland zu klein, auch den Yankees, obwohl sie in ihren Territorien noch unendlich viel Kulturarbeit zu leisten hätten. Aber die Japaner wollen Herrscher des Stillen Ozeans werden, und das wollen sich die Yankees nicht gefallen lassen. Wie gespannt die Situation ist, zeigte sich schon bei der zunehmenden japanischen Einwanderung nach Nordamerika. Die beiderseitigen Diplomaten sagen sich, wie immer, die glattesten Höflichkeiten. Allein wer weiß, wie wenig Wert das hat. Die gewaltige amerikanische Schlachtflotte, die sich auf dem Wege nach den Philippinen befindet, ist ein genügender Beweis, daß man in der Union einen Konflikt für unvermeidlich hält.

Bricht der Kampf einmal aus, so wird er aller Voraussicht nach ungeheure Dimensionen annehmen, denn England wird in demselben Partei ergreifen müssen. Man sieht, wie ängstlich die englische Diplomatie heute bemüht ist, es mit keiner von den leitenden Mächten zu verderben.

Aber eines Tages wird die Regierung des britischen Weltreiches doch am Scheidewege stehen.

Wird bei dem Kriege zwischen der Union und Japan das englisch-japanische Bündnis aufrecht erhalten, so würden Kanada und Australien diese Gelegenheit, auf die sie schon so lange lauern, augenblicklich benutzen, um sich loszureißen. Wenn aber England sich mit Nordamerika verbündet, so wird nicht nur in Afrika ein neuer Konflikt entbrennen, sondern auch in Indien sich erheben. Dort hat sich genügend gezeigt, welches Feuer unter der Oberfläche glimmt. Ein indischer Aufstand mit chinesischer und japanischer Unterstützung würde die Gärung in Persien und in der Türkei zu Ausbrüchen treiben. Eine Erhebung der muslimänischen Bevölkerung in der Türkei würde wiederum stark auf Nordafrika zurückwirken und möglicherweise dort einen großen Glaubenskrieg gegen die Europäer entzünden.

Das sind alles nur Möglichkeiten, allein sie sind vorhanden, und es muß mit ihnen gerechnet werden. Man sieht, es ist nicht weniger, sondern eher mehr Grundstoff in der Welt aufgeschüttet, als früher. Noch vor kurzer Zeit betrachtete man als die größte Gefahr in Asien die in Afghanistan von den Russen gelegte Mine; man besorgte, wenn diese Mine hochginge, würde ein Weltkrieg entbrennen. Die afghanische Gefahr ist heute kaum noch vorhanden; Rußland kann ohne Flotte und mit der sich sammelnden Revolution im Rücken keinen Krieg mit England riskieren. Aber die unvermeidliche Umwälzung in Indien ist nunmehr bedeutend näher gerückt.

Wie kümmerlich und kläglich erscheinen gegenüber diesen Tassachen die Verhandlungen und Beschlüsse der Haager Konferenz! Das ist alles, was die herrschenden Klassen an Vorkehrungen zu bieten haben gegenüber den ungeheuren Gefahren, die im fernen Osten heraufsteigen.

Die Bündnispolitik wird bei allen diesen Veränderungen eine große Rolle spielen. Aber man darf auch nicht verkennen, daß ein neues Moment hier mitwirkt; das ist die zunehmende Abneigung der Völker gegen die Weissen. Durch die japanischen Siege ist diese Abneigung mächtig gefördert worden. Die herrschenden Klassen Japans sind bereits in einen Chauvinismus hineingeraten, der die verworrensten Geisteszustände in den europäischen Kulturstaaten vollkommen erreicht oder gar übertrifft. Was sich die Weissen in China und anderwärts an Gewalttätigkeiten gegen die dortige Bevölkerung erlaubt haben, wird sich nun rächen; bei einem Kriege wird namentlich in China der Haß gegen die „weißen Teufel“ sich mit elementarer Gewalt Luft machen. Die Vorkzeichen sind nicht zu verkennen. Was wohl aus der deutschen „Wachtung“ hervorgehen wird, wenn einmal die Stürme eines großen Krieges auch an den Küsten des Gelben Meeres tosen? Wird man deutsches Gut und Blut auf Spiel setzen und riskieren, in den großen Konflikt hineingezogen zu werden, um dem Deutschen Reich diesen kostbaren Besitz zu erhalten?

Die Diplomatie fürchtet sich vor diesem Phänomen in Ostasien; sie fühlt, daß sie wohl eine Zeitlang noch den gegenwärtigen Zustand erhalten, nicht aber die drohenden

Verwickelungen vermeiden kann. Wir müssen uns darauf finden, daß wir in die Epoche der neuen Völkerwanderung eintreten; ungeheure Menschenmassen werden sich verschoben, da sie sich auf dem Grund und Boden, wo sie sich befinden, nicht ernähren können. Und diese Verschiebungen gehen bei den modernen Verkehrsmitteln sehr schnell gegenüber jenen in den Zeiten der alten Völkerwanderung.

Daß diese Veränderungen nicht unblutig ablaufen, vielmehr eine wimmliche noch größere Vermischung mit sich bringen, wie zu den Zeiten der Griechen, Perser und Römer, das ist auch wieder nur den herrschenden Klassen in den verschiedenen Ländern zur Last zu legen. Diese Klassen können sich aber nicht mit einander verständigen, sondern benutzen auch solche Gelegenheiten, um gegenseitig sich möglichst viel Beute abzufragen. Sogar können die Völker sich untereinander zur friedlichen Regelung der auftauchenden Fragen unterziehen, statt sich zu zerfleischen.

Man kann daraus ersehen, daß eine Kultur mit Klassenherrschaft eine sehr mangelhafte und in gar vielen Beziehungen eine lügnische, eine Vorkultur ist. Mit dem Kampf gegen die Klassenherrschaft überhaupt ist erst die Bahn gebrochen worden, die zu einer wirklichen Kultur führen wird.

### Politische Ueberblick.

#### Ordensausverkauf.

Fürst Bülow hat dem Volk seine Rechte zu gewähren, desto mehr Orden hat er für Volksovertreter. Am Tage des Ordensfestes hat er die beliebten bunten Schmuckstücke verschwenderisch verteilt.

Das Lustigste ist zweifellos, daß auch Zentrumsführer, die Herren Spahn, Herold, Wellstein, Forch und am Zehnhoif mit Orden bedacht worden sind. Herr Spahn kann sich sogar mit dem roten Vogel dritter Güte schmücken, während das freisinnige und zum Teil auch das nationalliberale Gesinde in die vierte Klasse desselben Ordens verwiesen ist. Die Partei der „antinationalen Arroganz“, gegen die die Regierung vor Jahresfrist den Keimischen Krieg führte, das antinationale, unpatriotische verräterische Zentrum ist mit glänzenden Sternen geradezu überschüttet worden. Sie hat freilich, von der Reichsregierung Herr gesüchlich, schließlich alles getan, um sich diese Aufnahme in die alte Günstlingsliste zu erkriechen.

Von den Freisinnigen haben Kaempf (als Präsident), Ghylling, Mugdan, Wiemer, Eichhoff, Fischbeck und Münsterberg ihren Lohn dahin. Offenbar für — „Lapferkeit im Wahlrechtskampfe!“ Leider gehört auch der alte Herr Schrader mit auf die Liste.

Die getauften Juden Friedberg und Mugdan paaren sich mit den rüben Antisemiten Lattmann und Liebermann v. Sonnenberg.

Alle Präsidenten des Reichstags und des Abgeordnetenhauses werden dekoriert, nur Herr Passche nicht, der bei der Besprechung des Hoffandals einige Bemerkungen gewagt hatte, die unangenehm auffielen. Seine Dekoration

witter herauszuziehen drohte. Der Himmel, ein echter Zuthimmel, war schweiß von schweren, leuchtenden Dämpfen und färbte sich kupferrot am Rand seiner schwarzen Wolken, durch welche ein dumpfes Rollen dahinflie. Tief beschattet, schweigend und verstaubt lag das Tal in jener erwartenden Unbeweglichkeit da, welche die Erde bei den Veränderungen der Atmosphäre ergreift.

Belästigt von der unruhigen Unmöglichkeit des herumlungern den Kindes, sah die Frau des Waidhüters nach dem Wetter und jagte zu Jad:

„Wissen Sie was, Herr Jad? Es regnet nicht. Vielleicht sind Sie so gut, bis an die Landstraße zu gehen und mir etwas Kraut für meine Kaninchen zu holen, ehe das Wasser niedertrömt?“

Das Kind war froh, sich nützlich machen zu können, nahm einen Korb, trabelte schnell den Weg vom Erlenhäuschen nach der Straße von Corbeil hinunter und machte sich daran, auf den Böschungen der Gräben blühenden Quendel und winziges, mageres Kraut zu suchen, wie es die Kaninchen knappern.

Unabsehbar erstreckte sich die große Landstraße, weiß bedeckt von feinem, brennendem Staub, der das dicke Laub der dichten Ulmen und den ganzen Waldraum mit grauen Tinten verdunkelte. Kein Fußgänger und kein Wagen durchmaß die verödete Straße, welche in der Einsamkeit noch größer erschien.

Plötzlich hörte Jad, welcher bei seinem Suchen im Graben durch das Rollen des heraufziehenden Gewitters sehr beunruhigt wurde, ganz in seiner Nähe eine scharfe und einseitige Stimme rufen:

„Güte, Güte, Güte!“ und darauf in noch tieferem Tone: „Panamahüte! Panamahüte! Panamahüte!“

Es war einer jener Gaukler, welche mit ihrem Kram auf dem Rücken das Land durchschweiften. Er trug zwischen seinen beiden Schultern einen breiten Korb, wie eine Drehscheibe, gefüllt mit ganz gewöhnlichen, hochaufgeschichteten Strohhüten. Er ging schwerfällig, mühsam, schiefelnig, die Füße nach außen gehend, in den gelben Schuhen und mit der Lederschnur eines Verwundeten.

Gibt Ihr je bemerkt, etwas wie Trauriges ein Fußgänger auf großer Straße ist?

Man weiß nie, wohin dies unsäße Leben führt, ob der Zufall ihm ein Asyl gewähren wird, das Obdach einer Scheune, um zu schlafen. Die Ermüdung des durchlaufenen Weges, die Ungewißheit der kommenden Ferne scheint sein Begleiter zu sein. Für den Landmann ist der Vorübergehende ein Fremdling, ein Abenteuerer; er verfolgt ihn mit misstrauischem Auge, geleitet ihn mit feinem Sinne bis zum Ende hinaus und beruhigt sich erst dann, wenn die große Straße auf ihr von waderen Gardianen beaufsichtigtes Pfälzer den Unbekannten wieder aufgenommen hat, der ja doch nur ein Wirtelkater sein kann. (Fortf. f.)

### Jad.

Roman von Alphonse Daubet. Einzige autorisierte Uebersetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Ich begrüße meinen Poeten“, sagte sie beim Eintreten. Sie hatte eine seltsame Art, das Wort Poeten wie „Poeten“ auszusprechen, die ihn reizte.

„Nun? Kommt Du vernünftig? Bist Du zufrieden?“

„Zufrieden? Kann man in diesem schrecklichen Schriftstellerleben, in dieser beständigen Anspannung des Geistes jemals zufrieden sein?“

Er ereiferte sich, seine Stimme wurde ironisch. „Das ist wahr, mein Freund; aber ich wollte nur fragen, ob Deine Tochter des Jaus?“

„Nun? Meine Tochter des Jaus?“ „Weißt Du, wie lange Goethe an seinem Faust gearbeitet hat? Zehn Jahre! Und er lebte noch in vollem künstlerischen Verke, in einem geistigen Mittelpunkt. Er war nicht wie ich zur Einsamkeit des Gedankens verbannt, der schismatischen Einsamkeit, die uns zur Untätigkeit, zur Betrachtung, zur Nichtigkeit jeglicher Idee führt.“

Die arme Frau hörte, ohne zu antworten. Dann derselben Phrasen, die sie beständig von d'Argenton vernahm, hatte sie begriffen, welchen Tadel sie für sie enthielten. Der Ton des Dichters schien zu sagen: „Du arme Dürin kannst mir die Umgebungs, die mir fehlt, dies Unerreichbaren der Geister, wodurch der Funken hervorspringt, nicht ersetzen.“ Er fand sie in der Tat dumm und langweilte sich mit ihr ebenso sehr, als wenn er allein war.

Was ihn an diesem Weibe verführte, das war, mochte er es sich auch nicht deutlich eingestehen, der Ort, wo er sie kennen, bewundern gelernt hatte, der Luis, der sie umgab, das Getöse auf dem Boulevard Hausmann, die Diensthofen, der Wagen der Reich, welchen der Besitz einer solchen Geliebten bei den anderen Dessaffierten erweckte. Jetzt, da er sie sein, ganz sein wußte, da er sie umgewandelt, umgestaltet hatte, jetzt hatte sie für ihn die Hälfte von ihrem Reiz verloren. Und doch war sie sehr hübsch und verführte durch die ländliche Tracht, welche ihrer üblichen Schönheit so gut stand. Aber was hielt's, eine hübsche Geliebte zu haben, wenn niemand sie an einem Arm wandeln sieht? Ueberdies verstand sie nichts von der Poesie, doch das ländliche Wesen vor und hatte nichts, um diesen ohnmächtigen Dichter zu begeistern, um ihn der unermeßlichen Langeweile zu entziehen, in welche die Einsamkeit und der Müßiggang ihn vollends versenkten.

Man mußte ihn des Morgens sehen, wenn er auf die Kunst des Briefträgers wartete, auf jene drei oder vier Journale, auf welche er abonniert hatte, und deren bunfarbige Streifen er mit solcher Eile auftrif, als ob er in den Spalten irgend eine ihn betreffende Nachricht zu finden hoffte, wie zum Beispiel die Kritik des Stückes, welches in seiner Wappe schlummerte, oder die Inhaltsangabe des Buches, welches er zu schreiben träumte. Und er las seine Journale, ohne eine Zeile zu überspringen, bis zu den Annoncen, bis zu dem Namen des Druckers. Er fand dort immer Veranlassungen zum Zorn, Stoff zu einer heftigen und langweiligen Frühstückunterhaltung.

Die anderen hatten Glück. Man führte ihre Stücke auf, und welche Stücke! Man druckte ihre Bücher, und welche Bücher! Von ihm dagegen nichts, immer nichts. Das Schlimmste war, daß die Stoffe in der Luft schweben, daß jeder sie einatmet, sie auf's Papier bringt, und daß wer sie zuerst drucken läßt, alle Arbeit der anderen nichtig macht. Es verging keine Woche, ohne daß man ihm irgend eine Idee sah.

Du weißt, Charlotte, man hat gestern im Theatre Francaise ein neues Lustspiel von Herrn Emil Augier aufgeführt. Das ist vollkommen meine „Aepfel der Malanie“.

„Aber das ist eine Gemeinheit. Man hat Dir Deine „Aepfel der Malanie“ gestohlen. Aber ich, ich werde ihn schreiben, diesem Herrn Augier“, sagte die arme Charlotte in wahrem Unwillen. Und er erwiderte sehr bitter:

„Das kommt daher, weil ich nicht dort bin. Jedermann nimmt meinen Platz ein.“

Er sah, als ob er ihn einen Vorwurf daraus machte, und doch war es der Traum seines ganzen Lebens gewesen, ein Nest auf dem Lande zu haben. Die Ungerechtigkeiten des Publikums, die Anfechtung der Kritik, allen Groll der Schwächlichen formte er in pedantische und kalte Phrasen.

Während dieses küssigen Dabies sagte Jad kein Wort, hielt sich ruhig, als ob er sich vergessen machen, sich der herrschenden schlechten Laune anzuschließen wollte. Aber je mehr und mehr d'Argenton in Zorn geriet, um so mehr erwachte seine dumpfe Abneigung gegen das Kind, und seine zitternden Hände, wenn er ihm zu trinten einschente, seine gerunzelten Brauen, wenn er ihn ansah, benachrichtigten den kleinen Jad von diesem Haß, der nur auf eine Veranlassung harrete, um loszubringen.

#### IX.

#### Belfars erstes Erscheinen.

Eines Nachmittags gingen d'Argenton und Charlotte nach Corbeil hinüber, getrieben von jenem Verlangen nach Ortsveränderung, welches alle Müßiggänger plagt. Jad war allein mit der Mutter Archambaults zurückgeblieben und mußte heute darauf verzichten, den Wald zu durchstreifen, da ein heftiges Ge-

heint höheren Orts auf Widerstand gestochen zu sein, sicher nicht bei Bülow, dessen Freigebigkeit diesmal keine Grenzen kannte.

Nachträglich werden wir füglich darauf aufmerksam gemacht, daß sich in der freisinnigen Ordenskasse munter wie ein Fisch im Wasser auch der Geschäftsführer des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, Dr. Doven, tummelt. Es war ein köstlicher Gedanke, ihn mit Mugdan und Fischel in Reich und Glied zu stellen und so die drei herrschimmernden politischen Sterne als Kinder eines Geistes der Welt- und Nachwelt kennlich zu machen.

Die Ausgaben für die gesamten Ordensdekorationen hat natürlich das Volk zu bezahlen, der Etat der Generalordenskommission beträgt jährlich 308,250 Mark, also etwa eine Drittelmillion, die unseres Erachtens anderswo besser angebracht wären. Es würde wirklich keine besondere Härte darstellen, wenn die glücklich Dekorierten, soweit sie nicht auf die Auszeichnung verzichteten, sich ihren Orden selbst kaufen müßten.

### Herr Bülow, wie steht es um Ihr Wort?

Bei der Beratung des Wahlrechtsantrags im Landtag hat Fürst Bülow, als er das zweite Mal das Wort nahm, folgende Erklärung abgegeben:

Es ist, das brauche ich wohl kaum zu versichern, um es aber trotzdem ausdrücklich erklären, nach meiner Meinung nicht der Staatsregierung, bei der Wahl eine ganz unparteiische Haltung zu beobachten (lebhafter Beifall), und ich habe meinerseits in Uebereinstimmung mit allen meinen Kollegen von jeher dafür Sorge getragen, daß dieser Pflicht auch inwieweit möglich werde. (lebhafter Beifall.)

Demgegenüber wird aus einem polnischen Wahlkreise folgendes gemeldet:

Der Briefträger Salaki in Lutowo im Kreise Hempelburg wurde, nach der „Gaz. Szwabska“, zwangsweise pensioniert, weil er, wie festgestellt, bei der Reichstagswahl dem polnischen Kandidaten gewählt hatte. Zunächst bestritt S. seine Tat: es wurde infolgedessen ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet, wobei er unter dem Eide zugehen mußte, daß der von ihm abgegebene Stimmzettel den Namen des polnischen Kandidaten trug. Diese Erklärung ist nichts mehr und nichts weniger als ein Dolch auf das geheime Reichstagswahlrecht.

Wie es dem polnischen Briefträger geht, so ist es dem Wiesbadener freisinnigen Eisenbahnarzt und jedem sozialdemokratischen Beamten ergangen, der offen seine Gesinnung bekundet. Aber ein Vorkiss wie ich, was macht sich der daraus, denkt Bülow und hält über die „Pflicht der Staatsregierung“ schöne Reden, die das Gegenteil der Taten dieser selben Regierung rühmen. Und niemand ist's, der im Landtag aufsteht, und diesen Widerspruch kräftig anzeigt. Auch der Freisinn ist's nicht — schließlich bekäme man keine Orden!

**Remesis im Flottenverein.** Noch kein Jahr ist es her, daß der deutsche Flottenverein sich im Strahlenglück seines Ruhmes konnte. Die Hottentottenwahl war vorüber und die „nationale Parole“ hatte Dank einer ungerechten Wahlkreiseinteilung und dem löpelpflichten Strebertum des Freisinn „gehiegt“. Neben dem Reichsverband schrieb sich der Flottenverein und sein geistiger Leiter, Generalmajor v. Reim, das Hauptverdienst an dieser Wendung zu. Reim war der Hauptwahlmacher des Reichskanzlers, Reim war der Kanal, durch den das von Bülow erbetelte Börsengeld in die Kassen der „nationalen“ Parteien floß, Reim war der Vertrauensmann, mit dem der Kanzler Wahlflugblätter ausheckte, Reim war der Kommandant des Marinekorps, das mit den Waffen dieses gebrauchten Unsinns die verwirrten Köpfe der „Wahlwähler“ bombardierte.

Herr v. Reim und Fürst Salm, die für ihre Wahlagitatorien die schmeichelhaftesten Anerkennungen von hoher Stelle ernteten, liegen jetzt zerstückelt am Boden. Der Flottenverein, die Wahltruppe der Regierung, ist zerstreut und in Trümmer geschlagen. Das ist in kurzen Worten das Ergebnis des Kaiser Delegiertentages vom letzten Sonntag, der die Krise im Flottenverein mit einem jähen Knack abschloß. Das Präsidium Salm-Reim legte gleich zu Anfang der Tagung sein Amt nieder; das nachträgliche Vertrauensvotum aber, das der Delegiertentag dem scheidenden Präsidium erteilte, hat die Bayern, Wabenser und Brandenburger veranlaßt, die Sitzung vorzeitig zu verlassen. Damit hat sich der Süden vom Norden getrennt, während im Norden ein breiter Riß kauft.

Der Kampf gegen das Präsidium entsprach zwei Strömungen. Die süddeutsche Abneigung gegen das herrschherausfordernde Marinepreuxentum kam in der bekannten Niederlegung des Protektors durch den bayerischen Prinzen Anrecht zum Ausdruck. Da sich die übrigen deutschen Dynastien, vor allem die Hohenzollern, schließlich auf die Seite des bayerischen Gottesgnadentums schlugen, das von „Demokraten“ des Wasserpatroismus herb angefaßt worden war, verband sich die antipreuxische Strömung mit dem „dynastischen Gefühl“ und der offiziellen deutschen Erbuntertänigkeit zu einem höchst feltamen Gemisch, dessen Explosion den Verein und seine Zeitung in Stücke zerriß.

Die Katastrophe, die den Flottenverein ereilte, war wohlverdient! Aber der Flottenverein, der Wahlmacher von 1907, war nur ein Instrument, auf dem Bülow spielte, dem er die Erhaltung seiner Kanzlerschaft zum guten Teil verdankt, und das er dann ruhig zu Trümmern schlagen ließ, als es seine Schuldigkeit getan hatte. Mit dem Sturz des Wahlmachers hat die Tragödie der rührenden Vergeltung erst begonnen. Jetzt muß es heißen:

Sam Tadel erst das Instrument,  
Sam Tadel hinterher dem Sänger!

**Der Zentralvorstand der Freisinnigen Vereinigung** trat am Sonntag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um über die gegenwärtige politische Lage zu beraten. Das Ergebnis der Debatte soll die übereinstimmende Verurteilung der Blockpolitik gewesen sein.

Es veranlaßt, daß eine Resolution Verzicht einstimmig angenommen wurde, die bekanntlich zunächst nicht veröffentlicht werden soll, weil noch Verhandlungen zwischen

dem Zentralvorstand und der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft schweben.

Die Fraktion der Freisinnigen Vereinigung ist an die Beschlüsse des Zentralvorstandes formell nicht gebunden, die parlamentarische Lage ist also durch den Beschluß des Zentralvorstandes noch nicht endgültig geklärt. Durch den Austritt der Vereinigung mit 14 und der Süddeutschen Volkspartei mit 7 Mandaten würde allerdings die bisherige sogenannte „nationale Mehrheit“ zu einer Minderheit verwandelt werden, selbst wenn die in ihren Führern mit Orden gesegnete freisinnige Volkspartei an ihrem Bündnis mit den Konservativen festhält. Der Block wäre dann durch die Wahlrechtsfrage gesprengt. Einzuweisen ist aber abzuwarten, wie sich die Fraktion (Kocher! Bachle!) zu den Beschlüssen des Vorstandes ihrer Partei stellen wird.

**Beschneidung und Hundedemut.** Kürzlich hat ein katholischer Arbeitervereinspräsident in Allenstein eine Rede gehalten, in welcher als Haupttugenden des katholischen Arbeiters Demut, Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit gepriesen, Müßiggang und Faulheit als großes Laster und der Streik als Hochmut von Gott und Aufsehung über das Eltengesetz verurteilt. Ein christliches Gewerkschaftsblatt, der „Deutsche Metallarbeiter“ nannte das „Erziehung zur slavischen Hundedemut“, und die „Germania“ meinte, die Rede des Herrn Präsidenten sei „wenig glücklich“ und „eher geeignet, Arbeiter in das Lager der Sozialdemokratie zu treiben, als im christlichen Lager zu halten, wenn auch grundsätzlich manches darin nicht anzufechten ist“. Gegen diese Auffassung der „Germania“ wendet sich die „Trierische Landeszeitung“ mit folgenden Worten:

Danach darf also ein Arbeiter vor seinen Pfarrkindern im katholischen Arbeiterverein nicht mehr die im Christentum allerorten geltenden Grundzüge über Demut und Bescheidenheit, Arbeitsamkeit und Müßiggang besprechen und den Arbeitern aus Herz legen. Dann ist es weit gekommen... Man bedenke: Arbeiter Redeman sprach in einem katholischen Arbeiterverein. Wenn nicht einmal dort die katholischen Grundzüge ausgeprochen und getrieben werden dürfen ohne die Kritik brandanzufordern, dann sieht es wahrhaftig mit der Emancipation der katholischen Arbeiterklasse traurig aus.

Die „Trierische Landeszeitung“ vertritt in der Gewerkschaftsfrage den Standpunkt des Bischofs Forum, der Gegner der christlichen Gewerkschaften ist und in seiner Diözese dafür um so eifriger die Berliner Richtung mit ihren Fachabteilungen fördert. Interessant ist nun das eine: Nach dem Trierer Zentrumblatt entspricht nicht das, was der Allensteiner Arbeiter sagte, den „im Christentum allerorten geltenden Grundzügen“, nach dem christlichen Metallarbeiterblatt dagegen kommt die Rede auf eine „Erziehung zur slavischen Hundedemut“ hinaus. Wir schließen uns der letzteren Meinung an, ohne die erstere ganz zu verwerfen.

**Auf dem Wege zum Gesetzest. Aus Berlin** schreibt man uns: Das preußische Dreiklassenparlament berät den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung mit großer Liebe und Sorgfalt, bis es den Kulminationpunkt seiner Tätigkeit beim Gesetzestiat findet, dem eigentlichen Feld seiner Tätigkeit und seines Interesses. Aber auch heute wuchs das Interesse der Dreiklassenparlamenten in dem Maße, in dem der Beratungsgegenstand für die Öffentlichkeit gleichgültiger wurde. Ueber die Reform der General-Kommissionen und über die Stellung der Spezial-Kommissionen und Spezial-Kommissionen Sekretäre bei ihnen unterhielt man sich mit eindringender Gründlichkeit. Hier geht es anders wie beim Wahlrecht, hier erkennt die Regierung nicht nur an, daß das, was in Preußen besteht schlecht ist, sondern will auch schleunigst reformieren, durch Verwaltungsmaßregeln zunächst und dann durch eine gründliche organische Neubildung.

Weiter unterhielt man sich über die landwirtschaftlichen Lehraufstellungen. Der Abg. Dr. Müller-Verein, einst vor der Blockzeit der Führer der freisinnigen Volkspartei, jetzt aber der einzige Nichtreformierte und vom Ordensfest Ausgeschlossene, verbrauchte das ganze bischen Energie der freisinnigen, um sich für eine Reform der „vorwissenschaftlichen“ Zustände, nicht etwa in der preußischen Volksschule, sondern bei der Professorenernennung an den tierärztlichen Hochschulen einzusetzen, und sein ordensbeglückter Parteigenosse G. v. König trat für eine Vorbildung des ländlichen Fortbildungsschulwesens ein. Zwar weiß dieser würdige Biedbruder, daß die Volksschule auf dem Lande in Preußen so mangelhaft ist, daß ihre Schüler einem Fortbildungsschulunterricht garnicht folgen können. Gleichwohl aber verlangte er für sie sogar eine Fachbildung in den kaufmännischen Fächern. Wahrscheinlich sollen sie ausrechnen lernen, wieviel der Freisinn bei der Blockpolitik an seiner politischen Ehre verliert und wieviel seine Geldgeber durch das Börsengeld dafür gewinnen. Die Konservativen und das Zentrum begehrten sich mehr für den Pauschalunterricht, und ein frommer Zentrumsmann wollte mit dem Weisheit einer Patreslektion die legale Frage vom Kochtopf aus lösen. Der Landwirtschaftsminister v. Arnim entgegnete jedoch, daß für das ländliche Fortbildungsschulwesen für Mädchen nur der Fonds „zur Hebung der Geflügelzucht“ zur Verfügung stünde. Auch damit waren dann die Parteien im Dreiklassenparlament einverstanden. — Morgen geht die Beratung des Landwirtschaftsetats weiter.

**Der Reichstag** schwach besetzt, wie meist am Montag, nahm die durch die Interpellationswoche unterbrochene erste Lesung des Viehzuchtengesetzes wieder auf. In einer wirkungsvollen Rede präsierte Genosse Scheibemann den Standpunkt unserer Fraktion: Wir stimmen dem Gesetze zu, soweit es einen hygienischen Fortschritt bedeutet; wir lehnen es ab, soweit es in sanitärer Beziehung agrarische Liebesgenossen präsentiert. Unser Fraktionsredner wies darauf hin, daß sich in der umfangreichen Vorlage auch an mindestens zwei Punkten Bestimmungen finden, die zur Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes hemmt werden können, und, falls die Gesetzkraft erhalten, sicher auch dazu benutzt werden. Die Vorlage erklärt, daß die Ausübungsbefugnisse den Einzelstaaten übertragen bleiben sollen. Das gab dem Genossen Scheibemann Gelegenheit, kurz die Frage des preußischen Landtagswahlrechts zu streifen. Die gewählten Deputierten auf der Rechten erörtern, und ein eifriger Schriftführer machte den Präsidenten Grafen Stolberg auf eine Wendung des Redners, 5 Minuten nachdem sie gefallen, aufmerksam, worauf der Präsidialgraf sich in seiner ganzen imponierenden Höhe erhob und unter Glockenschwingen und Zunderweil ein Ordnungsruf erschallen ließ. — Es folgten zwei Vorträge, der Reichsparteiler Döfzel, welcher die Rutentut mit dem Viehzuchtengesetz verparodierte, und der freisinnige Mugdan, der vor allem weitgehendes Vorgesetzungsmaß warnte, gleichzeitig aber seiner neuen Ordensleiterkraft schuldig zu sein glaubte, sich ein wenig an unserem Fraktionsredner zu zeigen. Höllich und farblos phyllosophierte über Viehzucht und ihre Vermeidung Herr v. Bethmann-Hollweg. Ein paar Latzheiten u. i. w. fanden in vollen Tönen das Lob des einheimischen Hindwies im Gegensatz zum ausländischen. Der Abg. Scheibemann kritisierte als Redaktionsrat den Vorträge-

geleit der Vorlage weit schärfer, als Meindl's Mitchrift Mugdan. Nachdem vor letztem Hause der Nationalliberalen Wohl aus der durch Deines's Buchhauswerke berührten Stadt Celle über die Mollage der Gewerbe gekaufte hatte, wanderte der Gesandtenrat an eine Kommission von 24 Mitgliedern. Am Dienstag steht außer kleineren Vorlagen die zweite Lesung der Vorlage über die beleidigte Majestät zur Beratung.

**Der Tolstoi über die preussische Polenpolitik.** Der große russische Dichter Graf von Tolstoi schreibt im „Matin“: „Ich empfinde mich mitteilend mit den Schicksalen und Vorkämpfern dieses Unabhängigkeitskampfes als mit den Opfern; diese werden die bessere Rolle spielen. — In einem anderen Lande und unter anderen Verhältnissen werden sie bleiben, was sie gewesen sind. Aber ich beslaue die Unterdrückter, beslaue die Menschen, die einem Volk, einem Staat von Mäubern angehöben und sich mit ihm solidarisch erklären.“ — Preußens Ansehen im Ausland ist!

Nicht 7711, sondern 5711 Stimmen haben unsere Genossen im Reichstags-Wahlkreise des verstorbenen Herrenhaus-Präsidenten Norden-Cmden auf ihren Kandidaten vereinigt. An eine Eroberung des Kreises ist also bei 8000 freisinnigen und 12.000 konservativen Stimmen vor der Hand noch nicht zu denken.

**Der Deutsche Landwirtschaftsrat** wird in den Tagen vom 10. bis 16. Februar seine diesjährige Plenarversammlung abhalten. Auf der Tagesordnung stehen außer den Gesetzentwürfen über die Viehzucht, die Wäse, die Haltung des Tierhalters, den Unterstufungswohnort folgende Gegenstände von allgemeinem Interesse: 1. Verschärfung der deutschen Arbeiterschutzesetze für die Beschäftigten inenlicher gewerblicher Arbeiter; 2. Stellungnahme gegen die Ausdehnung des Koalitionsrechts auf die Landarbeiter; 3. Maßnahmen gegen den Kontraktbruch landwirtschaftlicher Arbeiter; 4. Reform der deutschen Viehzuchtordnung; 5. Maßnahmen zur Abänderung der Viehzucht in Deutsch-Südwestafrika und zur Bekämpfung der afrikanischen Viehpest; 6. Bedeutung des Luftschiffes für die Landwirtschaft und die Nutzbarmachung der deutschen Wasserkräfte für die Gewinnung desselben.

**Wegen Majestätsbeleidigung** ist in Mülhausen i. E. der Redakteur des „Victor“, eines lokalen Blattes in elbischer Schriftart, verhaftet worden. Gleichzeitig hat auch Herr Ziblin, der Korrespondent des Blattes „Durchs Blasi“, eine Verladung erhalten. Die Verleger beider Zeitungen sind nunmehr aufgefordert worden, die in Blasi für politische Zeitungen gebräuchlich die Kautions zu hinterlegen, weshalb beide Blätter, nach der „Tägl. Rundsch.“, gezwungen sind, ihr Erscheinen vorläufig einzustellen. — Daraus sind Verfahren für die Redaktionen!

Wie in Südwestafrika die Landeskultur „gefördert“ wird. Die Diamant- und Eisenbahn-Gesellschaft verlangt in Matos von Kaufmännern über Grundstücke, daß sie sich verpflichten, auf dem gekauften Grundstück keinen Brunnen anzulegen! Ein Paragraf in den Verträgen bringt das Verbot zum Ausdruck. — Offenbar geschieht das, damit die zukünftige Wasserleitung der Gesellschaft ein besseres Geschäft macht.

## Ausland.

**Klassenjustiz in Schweden.** Während des jetzt fast ein Jahr lang dauernden Kampfes der Hafenarbeiter von Norrköping gegen den Versuch, ihre Arbeitsgenossenschaft durch eine Ausbetergesellschaft zu vernichten, brachte die sozialdemokratische Zeitung „Deilergölands Folkblad“ einige Bellen über ein vom Unternehmertum eingerichtetes Streikbrecherlokal. Das führte zu einer Anklage wegen Verhetzung, und am Sonnabend hat nun Norrköping's Rathausgericht den verantwortlichen Redakteur Anton Anderson zu nicht weniger als einem Jahr Gefängnis und zu 450 Kronen Schadenersatz verurteilt! Ihre Verteidigung des Lokalinhabers soll er vier Monate sitzen, für Verteidigung der vier Ausbeterinnen je zwei Monate. Nur dadurch, daß man aus der Sache fünf Anklagen machte, konnte man zu dem hohen Strafmaß kommen. Sonst ist die höchste Strafe für derartige Vergehen sechs Monate. Das Norrköping's Rathausgericht ist übrigens wegen seiner harten Klassenurteile bekannt. Es war dieses selbe Gericht, das vor ungefähr einem Jahre den Genossen Sundström seines antimilitaristischen Blattes wegen zu einem Jahre Strafarbeit verurteilte. Die Strafe wurde dann allerdings von der höheren Instanz auf sechs Monate herabgesetzt. Voraussichtlich wird auch das jetzt gefällte Klassenurteil nicht die Billigung der höheren Instanz finden.

**Zum Prozeß Moyer-Sawwood-Pettibone in Nordamerika.** Auf Antrag des Anwalts Hilton ist nun auch die Anklage gegen Charles Moyer niedergelegt und die Bürgschaft (Kaution), unter die er gestellt war, freigegeben worden. Damit würde dann dieses traurige Kapitel der Korruption amerikanischer Justiz zu Ende sein. Wenn es nicht gelang, die drei Angeklagten, Führer der Western-Verarbeiterföderation, an den Galgen zu bringen, so war dies gewiß nicht an den durch den Unternehmervorband korumperten Richtern und Staatsanwalt gelegen. Wertig darf man sein, was nun aus dem Kronzeugen der Anklagebehörde, dem meineligen Schurken und Mörder Orchard werden wird.

**Ein anarchistischer Anschlag gegen die amerikanische Flotte.** Aus der Hauptstadt Brasiliens wird folgendes übertriebene Gerücht gemeldet: Die Polizei ist einer anarchistischen Verschwörung auf die Spur gekommen, welche die Verstärkung eines Teiles der amerikanischen Flotte bezweckt. Der Herd der Verchwörung bestand sich in Petropolis, Zweigverbindungen in Sao Paulo und Minas Geraes. Ein in Petropolis wohnender Jean Redber gilt als Hauptverschwörer, es sollen aber auch ausländische Anarchisten beteiligt gewesen sein. In einer amtlichen Note erklärt die brasilianische Regierung, daß sie vor dem Eintreffen der amerikanischen Flotte in Rio aus Washington und Paris Wutteilungen erhalten habe, wonach von Anarchisten verschiedene Nationalitäten Unternehmungen gegen die amerikanischen Kriegsschiffe geplant seien. Die Polizei hat als Vorrichtungsmäßregeln zur Verhütung derartigen Unternehmungen getroffen. — Das Ganze klingt wie Erfindung!

**Worin Amerika uns gefährlich wird.** In den letzten Dezembertagen wurde bekannt, daß der amerikanische Stahltrakt 100.000 Tonnen Halbzeug und zwar Rohbaren für Feinbleche nach England verkauft habe. Diese Meldung rief eine gewisse Erregung hervor, da man in Kreisen der Industrie nach der Nachricht, daß der amerikanische Stahltrakt seine Produktion um zwei Drittel eingeschränkt hat, nicht damit gerechnet hatte, daß amerikanische Eisenprodukte in größeren Mengen an die europäischen Märkte gelangen würden. Der Frankfurter Zeitung wird berichtet, daß der Preis für das nach England verkaufte Halbzeug ab Pittsburg 17.80 Dollar ist, während die einheimischen Verbraucher 29 Dollar zahlen müssen und die Transportkosten nach England 4 1/4 Dollar betragen.

Diese Preispolitik ist nicht verwunderlich, sie entspricht der Praxis aller unter Hochschutzzöllen arbeitenden Synthetate. Fachmänner sollen nach derartigen Meldung bestreiten, daß dieser Abschluß des Krates eine beginnende Invasion in die fremden Märkte durch billiges Material bedeute, da eine Analogie mit früheren Wirtschaftskrisen nicht bestehe, weil gegenwärtig keine Überproduktion vorhanden sei. Die letzte Behauptung wird wohl selbst die amerikanische Industrie verwundern, denn gerade unter dem Druck der Überproduktion sind die Vertriebsbeschränkungen und Stilllegungen erfolgt. Die Tatsache, daß in der Krise von 1900 die damals viel befürchtete Überproduktion der europäischen Märkte durch amerikanische Produkte nicht eingetreten ist, ist doch wirklich kein Beweis, daß diese Märkte





## Vom Wahlrechtskampf. Partei und Gewerkschaft im Wahlrechtskampf.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ veröffentlicht einen Leitartikel zum Kampf um das Wahlrecht, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Die Regierungspolitik ist ein schneidender Hohn auf die Forderung des arbeitenden Volkes in Preußen nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung. Das Herr v. Bülow für ihre Verlautbarung einen scharfen Kommandoton wählte, wählte wunderbar zur Situation des Bülowblocks, den die Erklärung jäh aus seinen liberalen Träumen riß.

Nirgends zeigt sich drastischer als hier, daß der einzelne Parteimitglied allein die Sozialdemokratie ist, die die Forderungen der Arbeiterklasse vertritt. Die Wahlrechtsbewegung des arbeitenden Volkes ist denn auch der entscheidende Faktor, der den herrschenden Mächten in Preußen seinen Willen aufzwingt, der über das Maß wie über das Maß der Wahlrechtsreform entscheidet.

Man ersieht aus dieser Ausführung, wie brennend die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an dem Ausgang der preussischen Wahlrechtskämpfe interessiert sind. Die Gewerkschaften können diesen Kampf bloß durch ihre Sympathien unterstützen, sie können ihn aber nicht selber führen. Das zu tun ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei. Der erste Schritt also, den jeder bisher bloß gewerkschaftlich organisierte Kameraden tun muß, wenn er wählen will, ist sein sofortiger Anschluß an die politische Organisation.

## Zur sozialdemokratischen Wahlrechtsinterpellation.

Die voraussichtlich am 22. Januar im Reichstag zur Verhandlung kommen wird. beschloß der sozialliberale Verein, die Organisation der Freisinnigen Vereinigung für Berlin, folgende Resolution:

Am Mittwoch findet die Beratung der sozialdemokratischen Wahlrechtsinterpellation im Reichstag statt. Wir ersuchen die Freisinnigen Vereinigung, dafür zu sorgen, daß bei dieser Gelegenheit ein offizielles Mißtrauensvotum seitens der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft der Politik des Reichstagskanzlers gegenüber erfolgt.

## Ein nationalliberaler „Wahlrechtsauschuss“.

Die Nationalliberalen, deren Zentralvorstand am Sonntag in Berlin zusammengetreten war, haben folgenden Antrag Schiffer nahezu einstimmig angenommen:

„Der Zentralvorstand wolle beschließen, zur Vorbereitung der Erörterung und Beschlußfassung des Delegiertenkongresses über die Umgestaltung des preussischen Wahlrechts eine Kommission von 15 Mitgliedern zu wählen und ihr den Auftrag zu erteilen, über das Ergebnis ihrer Beratung in der nächsten Sitzung des Zentralvorstandes Bericht zu erstatten.“

Zugunsten dieses Beschlusses wurden Anträge, die schon jetzt eine Agitation für die Einführung des geheimen Wahlrechts in Preußen veranlassen, vorläufig zurückgestellt. In die Kommission wurden gewählt die Herren Bartling, Baffermann, Böttger, Fink-Hannover, Fischer-Köln, Friedberg, Haarmann, Krause, Leidig, Schiffer, Schmiding, Prinz Schönau-Carolath, Schwabach, Wamhoff und Wnneken-Rönigsberg.

Der Ausschuss scheint nach seiner Zusammenlegung der Bekämpfung des gleichen Wahlrechts in Preußen dienen zu wollen. Aber viel schlechter als die freisinnige Begräbniskommission ist er schließlich auch nicht!

## Aus aller Welt.

### Tunnelseinfuhr in China. 180 Menschen getötet.

Das allzu große Selbstvertrauen chinesischer Ingenieure hat zu einer verhängnisvollen Katastrophe auf der im Bau befindlichen Eisenbahnstrecke Kalgan-Peking geführt. Ein Kabel-Telegramm meldet dem „B. Z.“ aus Schanghai: Bei dem außerordentlich schwierigen Bau der Kalgan-Peking, der von den Chinesen zum ersten Mal ohne ausländische Hilfe unternommen ist, ist ein Tunnel eingestürzt, wobei 180 Menschen um ein Leben kamen. Vielfache rechtzeitige Warnungen und Hinweise auf die Unersahrenheit der chinesischen Ingenieure waren von der chinesischen Regierung unbeachtet geblieben. Jetzt ist jedoch zu erwarten, daß der Zwischenfall nicht ohne Wirkung auf die Leitung des Bahnbaues sein wird.

Die Bergwerke, die die Bahn von Peking nach Kalgan zu durchbrechen hat, stellen allerdings auch an die Erfahrung der Ingenieure die größten Anforderungen. Das Gelände ist von zahlreichen Tälern durchbrochen, und die Bahn muß durch eine ganze Reihe von Tunneln und über viele Viadukte geführt werden.

Von einem Kriminalbeamten angehoffen. In einem blutigen Kampf kam es in der Nacht zum Montag vor dem Hause Landsberger Allee 41 in Berlin, in dem sich ein Tanzlokal „Gymnasium“ befindet. Als der in demselben Hause wohnende Kriminalschuttmann Otto Stöbel gegen 1/2 12 Uhr, vom Dienst kommend, sich nach seiner Wohnung begeben wollte, bemerkte er, daß ein Mann aus dem Tanzlokal hinausgeworfen und auf der Straße von mehreren Personen gemißhandelt wurde. Der Beamte eilte dem Bedrängten zu Hilfe und befreite ihn aus den Händen seiner Peiniger. Nun richtete sich die Wut der Angreifer gegen St., und einer verlegte dem Kriminalschuttmann mit dem Rufe: „Vertammet blauer S...“ mit einem Stock einen beträchtlichen Hieb über den Kopf, daß der Beamte zusammenbrach. Dann schlugen die Verruchten mit Gummischläuchen auf den Schuttmann ein und stießen ihn mit Füßen. Dieser zog nun seine Browningpistole und fegte mehrere Schüsse auf seine Gegner ab. Dem Hauptangreifer, Arbeiter Meyer, drang eine Kugel in den Unterleib und verlegte ihn so schwer, daß er in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht werden mußte. Zwei andere Karibide waren in den Bauch und den rechten Oberarm gefehlt worden. Der Kriminalschuttmann Stöbel erhielt die erste Hilfe auf der Unfallstation in der Wilschauer Straße.

## Süddeutsche Willow-Geuner.

Eine stark besuchte Vertrauensmänner-Versammlung des neunten württembergischen Reichstagswahlkreises nahm nach einem Vortrag über die politische Lage folgende Resolution an:

„Die Vertrauensmänner des Volkspartei des 9. württembergischen Reichstagswahlkreises bedauern, daß der Reichstagskanzler seine öffentlich gemachte Zusage einer Mitberücksichtigung der liberalen Staatsverfassung nunmehr in seiner preussischen Politik öffentlich verweigert und sich nicht einmal gegen die Unbilligkeiten der kontrollierten Stimmenabgabe ausgesprochen hat. Sie erklären, daß angesichts der veränderten Politik des Reichstagskanzlers nunmehr ein verändertes Mißtrauen der Wähler gegen die Politik und die Person des Reichstagskanzlers und einer Veränderung der Politik geboten sei.“

Der Reichstagsvertreter dieses Wahlkreises ist der süddeutsche Volksparteiler Konrad Hausmann.

## Der Kaiser und die Schutzleute.

Der Kaiser ließ am 14. Januar, also am zweiten Tage nach dem Wahlrechtskonflikt, sämtliche Schutzleute auf dem Schlosshof antreten und sprach dem Polizeihauptmann Schmalen seine Anerkennung für das energische und doch aktive Vorgehen der Schutzmannschaft am kritischen Sonntag aus. Er wies darauf hin, daß mit Rücksicht auf die unabweislichen Folgen die Requirierung des Militärs unter allen Umständen bei solchen Anlässen vermieden werden solle. Auch die Kaiserin sprach der Schutzmannschaft ihren Dank aus.

So berichten bürgerliche Blätter. Damit auch die Wahlrechtsdemonstranten unterrichtet sind, sei die Meldung hier verglichen.

## Vier Verhaftungen sind in Tilfit

bei der Wahlrechts-Demonstration am Sonntag vorgenommen worden. Als etwa 300 Versammlungsteilnehmer den Reiterhof besetzten, wurden nach Schluß der Versammlung nach dem Bahnhof geleitet, wurden unterwegs in den belebten Straßen der Stadt u. a. vor der Wohnung des Oberbürgermeisters mehrere Posten auf das freie Wahlrecht angesetzt. Das machte die Polizei nervös. Mit blanker Waffe versuchten sie, die Massen auseinanderzutreiben. Aber immer wieder fanden sich diese zusammen. Da griff man sich einen bekannten Genossen heraus und verhaftete ihn.

Genosse Hoyer, der in Begleitung von zwei Genossen nach dem Bahnhof ging, konnte nicht verhindern, daß eine Anzahl Demonstranten ihm folgte. Sie wollten ihren Reichstagskandidaten begleiten. Am Bahnhof angekommen, sah Genosse Hoyer, daß es noch viel zu früh zur Abfahrt war. Deshalb kehrte er mit den beiden in seiner Nähe gebliebenen Genossen zurück, um bis zur Abfahrt des Bundes ein Restaurant anzuschauen. Während er und die beiden Genossen ohne jede Veranlassung verhaftet; und trotzdem er nicht nur in Tilfit, sondern im ganzen Landesteil als einer der größten Süßbäckerei bekannt ist und sich legitimieren konnte, wurde er auf Anordnung des Kommissarius in Einzelhaft genommen. Erst nach 2 1/2 Stunden wurde er mit den beiden Genossen wieder in Freiheit gesetzt. Gegen diese ganz ungerechtfertigte Verhaftung und Inhaftierung ist Beschwerde erhoben.

## Deutscher Reichstag.

81. Sitzung, vom Montag, 20. Januar, Nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratsitz: von Bethmann-Sollweg. Die erste Beratung des Viehschutzes wird fortgesetzt.

### Abg. Scheidemann (Sozialdemokrat):

Für uns handelt es sich bei diesem Gesetze um die höchst wichtige Frage der Volksernährung. Ein gesunder Viehstand ist allerdings von ungeheurer Wichtigkeit für die Volksernährung. Wir erkennen gern an, daß in dem vorliegenden Gesetz eine Anzahl sehr wertvoller, durchaus modernen Anforderungen entsprechender Bestimmungen enthalten sind, aber daneben finden sich Bestimmungen, die durchaus auf agrarische Liebesgaben hinauslaufen. Keiner der Redner, die vor mir sprachen, ist hierauf eingegangen. Zudem befindet sich im Gesetz ein Passus, der eine geradezu gemeingefährliche Ergänzung des Reichsvertrags-

gesetzes vorstellt. (Hört, hört! bei den Soz.) Durchaus einverstanden sind wir damit, daß das Gesetz auf Hunde, Katzen und Geflügel ausgedehnt wird. Bedenklicher schon ist die Ausdehnung des Krisses der Seuchen, die unter das Gesetz fallen. Praktische Landwirte erklären es für recht bedenklich, daß alle Schweinekrankheiten angemeldet werden sollen. Die Schweinepest ist schwer erkennbar, begünstigen die Antibiotikuberulose. Zugabe ist, daß die letztgenannte Krankheit zum Beispiel in Sachsen einen unheimlich hohen Grad erreicht hat. Der Abg. Lehmann konnte es nicht unterlassen, an der dänischen Landwirtschaft herumzudröseln. Da ist es denn interessant, daß ausgerechnet an demselben Tage der preussische Landwirtschaftsminister in einem Rundschreiben an die Landwirtschaftskammern den hohen Stand der dänischen Landwirtschaft und Viehzucht rühmt und den deutschen Landwirten empfiehlt,

### in Dänemark landwirtschaftliche Studien

zu treiben. (Vielfaches Hört, hört! bei den Soz., Unruhe rechts.) Uebrigens wundere ich mich sehr, daß die Herren von der Rechten ihre Schwärmerei für den Besetzungsnachweis noch nicht auf die Landwirte ausgedehnt haben. (Sehr laut links.) Es ist doch bekannt, daß viele Großgrundbesitzer ihre landwirtschaftlichen Kenntnisse in Spezialkulturen erwerben. (Lärm rechts.) Die Vorlage hebt hervor, daß die Unterdrückung der Antibiotikuberulose durch das eigene Einführen der Viehzüchter möglich wäre, wenn diese der Seuche so entgegenträten, wie sie könnten und müßten. (Hört, hört! bei den Soz.) Ferner heißt es, es sei nicht Geld genug für genügend Tierärzte da. Aber für Kriegsschiffe ist immer Geld da. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gegen das Wort „Seuchenverdacht“ hat der Abg. Lehmann ja einen sehr hohen Grad. Er meinte, wer dies Wort gebräut habe, müsse gehängt werden. Ich weiß nicht, ob das auf nationalliberale Grausamkeit oder auf sächsischen Gemütskurier zurückzuführen ist (Große Heiterkeit), gebe ihm aber in der Sache recht. Unannehmbar ist für uns der § 9 des Gesetzes, der die Anmeldepflicht auch für die Angestellten festsetzt. Schon Herr Lehmann hat mit Recht über die diesen komplizierten Polizeimaßregeln angeklagt, die die Vorlage enthält. Die gegen die Abmäher aus Berebereien vorgeschlagenen Maßnahmen finden unjener Ansicht. Die §§ 19 und 44 greifen in das Vereinsrecht ein. Sie schließen auch den Ferienverkehr in verkehrsreichen Orten oder Räumlichkeiten ein. Die Begründung, die den Bestimmungen dieser Paragraphen in den Motiven gegeben wird, ist derart, daß die Landwirtmeister auf Grund dieser Gesetzesbestimmungen jede Versammlung verbieten können. (Unruhe rechts. Zustimmung bei den Soz.)

Die Maul- und Klauenseuche ist ja schon oft bemerkt worden, um mißliebige Versammlungen zu verhindern. (Sehr wahr! bei den Soz.) Für Entschädigungen sind wir auch, wir wünschen aber eine obligatorische Brauungsveränderung. — Höchst bedenklich sind die Paragraphen, die von den Maßnahmen gegenüber dem Auslande handeln. Die Fassung ist so, daß damit

### die ganze Einfuhr lahm gelegt

und damit eine enorme ungewisse Erhöhung der Lebensmittelpreise herbeigeführt werden kann. (Lärm rechts, Hört, hört, wird mit dem Ausruf „pittlangender Gegenstand“ unheimlich übertrieben. Die Agrarier werden es nicht unterlassen, zu verinsinieren, die ganze Unter- und Ober-Einfuhr nach Deutschland zu verbieten. (Präsident Graf Stolberg unterbricht plötzlich den Redner und schreit in den Saal: „Ich bitte, die Saalstüren zu schließen.“ Große Heiterkeit.) Auch die Einfuhr von Häuten und Fellen wird man erschweren und nicht lange wird es dauern, bis der den Agrariern so unangenehme Pflanz- und Gänseinfuhr aus Rußland das letzte Stäubchen schlägt. Wie mancher Staatsanwalt sagt: „Was man nicht definieren kann, steht man als ob oben links an“ (Heiterkeit), so werden die Agrarier sagen: „Was man sonst nicht abperren kann, spricht man als allsäuender Geistesstand an.“ (Gr. Heiterkeit.) Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetze sollen den Einzelstaaten überlassen werden. Wir hätten dagegen nichts, wenn alle Bundesstaaten eine wirkliche Volksvertretung hätten. Aber der preussische Landtag ist nur die verrottete Karikatur einer Volksvertretung (Sturm. Beifall bei den Soz., anbauender lauter Beifall rechts. Präsident Graf Stolberg von einem Schriftführer aufmerksam gemacht, merkt endlich, was los ist, und schwingt die Klingel.)

Präsident Graf Stolberg: Ich würde nicht, daß Sie den preussischen Landtag die Karikatur einer Volksvertretung nennen (heftiger Widerspruch bei den Soz.) und rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. Scheidemann (fortfahrend): Wir werden an dem Gesetze mitarbeiten und können ihm zustimmen, unter der Bedingung, daß nicht neue Liebesgaben für die schlimmsten Bankrottschreiber, die preussischen Junker, eingeschmuggelt werden. (Lachen und Unruhe rechts.)

Er hatte eine klaffende Popwunde, Bluterguß unter der Kopfhaut, Verletzungen an beiden Armen, sowie Bauch- und Brustquetschungen erlitten.

45 Tage lang verschüttet und endlich gerettet. Wir haben darüber berichtet, daß in der Stroum-Goldmine am 4. Dezember d. J. die drei Beglückten Bailab, Brown und Macdonald verschüttet worden sind und seitdem 1000 Fuß unter der Erdoberfläche in Finsternis eingeschlossen verharren mußten. Lebensmittel, Getränke u. dergl. konnten ihnen von der Oberfläche mittels der Rohleitungen für Rüstung usw. zugeführt werden; sie konnten auch durch diese mit der Oberwelt sprechen. Nach 45-tägiger unterirdischer Gefangenenschaft sind sie nun Sonnabend Abend, wie aus Ely in Nevada gemeldet wird, endlich zutage gefördert worden. Alle drei befinden sich wohl. Die Rettungsarbeiten haben ungeheure Anstrengungen erfordert.

Das alte Lieb. Der in einer Poststadt von Flaxen wohnende Schneider Otto Schneider stürzte sich von der Eisenbrücke und war sofort tot. Motio: Arbeitslosigkeit.

Der Reichsgraf als Wechselreiter. Verhaftet wurde am Sonnabend der Reichsgraf von Arz-Valega, der in dem Ehedrama in der Kaiser-Allee in Berlin eine Rolle spielte. Der 29-jährige Graf wurde schon seit mehreren Wochen wegen Betruges und Wechselstichungen gesucht. Er war im vergangenen Sommer nach Berlin gekommen und trat auf Grund eines Heiratsgeschäfts mit dem Oberförster Lewandowski und dessen Frau in geschäftliche Verbindung. Er zog zu dem Ehepaar, das damals am Alexander-Liter wohnte. Bald ließ sich der Graf herbei, im Hinblick auf die zu erwartende Mittelfür Wechsel zu unterschreiben, die zunächst nur auf drei- oder vierhundert Mark, später aber bis auf 45.000 Mark lauteten. Als das Ehepaar Lewandowski nach der Kaiser-Allee zog, mietete die Baronin für sich wie für sich elegante Wohnräume von je zehn Zimmern und ließ namentlich die des Grafen prächtig ausstatten. Dem leichtsinnigen jungen Grafen gefiel das tolle Leben. Er schaffte sich zwei Automobile an, hielt sich einen galantierten Chauffeur und machte Ausflüge bis nach Königsberg i. Pr., selbst bis in die Schweiz. Dort sollte der Graf nach dem Plane der Baronin eine Aktiengesellschaft gründen, um eine Herrschaft zu erwerben, die „revolütärer“, das heißt, man wollte die prächtigen, alten Waldungen herunterzuschlagen und das Holz zu Geld machen. Der Ausführung dieses Planes stellte sich aber ein Hindernis entgegen. Die „Ordnung“ ist von der noch viel größerer eines Pfaffen umgeben, der die Aktiengesellschaft sofort wiffen ließ, er werde das Holz auf dem durch sein Gebiet führenden Wege nicht fortzuschaffen lassen. So löste sich

die noch in der Bildung begriffene Aktiengesellschaft wieder auf. Unterbesen erfuhr die Besitzer der gräflichen Wechsel, in welchen Verhältnissen der Aktiant sich befindet. Als nun das Drama in der Lewandowski'schen Wohnung, wobei der Rentner von Schmidt sein Leben verlor, bekannt wurde, erlitten sie nach vergeblichen Bemühungen, zu ihrem Gelde zu kommen, Anzeige bei der Polizei.

Feuersbrünste. Die Spinnerlei Schneider u. Jermann in Wanken ist vollständig niedergebrannt. Das ganze Lager mit sämtlichen Rohstoffen ist ein Raub der Flammen. Unter dem verbrannten Material befinden sich 100 Wägen Baumwolle. — Das Palais des Sekretärs der Sultan's Hjet Pascha in Konstantinopel ist in der vergangenen Nacht vollständig niedergebrannt. Der Brand entstand während einer Kinematographen-Vorstellung. Personen sind nicht verletzt. Der Schaden ist sehr bedeutend. — Ein Großfeuer gefährdete das Warenlager der Firma David Rosen u. Co. in Sidsey vollständig. Vier antliegende Gebäude wurden teilweise zerstört. Der Schaden beläuft sich auf einige Millionen.

Ein verhängnisvoller Fahrt. Ein Maldeuter wird der „Eibinger Jig.“ gemeldet: Der Eigentümer Hensel aus Wilmadort wollte gestern zur Generalprobe der Kaiser-Geburtsstagsfeier über die Eisdecke des Samratseees bei Maldeuten fahren. Als das Schlittenfuhrwerk, auf dem 8 Personen, darunter 5 Kinder, sich befanden, in der Nähe der Eisenbahnbrücke war, brach die Eisdecke ein und das ganze Fuhrwerk stürzte ins Wasser. Drei Kinder wurden als Leichen geborgen, ein viertes wurde noch mit schwachen Lebenszeichen aus dem Wasser gezogen, ist aber inzwischen gestorben. Die übrigen Personen wurden gerettet.

Ein Kind von einem Bären kaspiziert. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich Sonntag Nacht vor der Stadt Sork. Hier kaspizierte eine aus zwölf Rypfen bestehende Bärenschneisegesellschaft. Einer der Bären wurde während, fiel über ein 10 Jahre altes Kind her und riß ihm das Kopfhaar samt der Kopfhaut ab. Das auf diese Weise kaspizierte Kind liegt im Krankenhaus im Krankenstand. Der Bär, der das Unheil angerichtet hatte, wurde erschossen.

Beim Schlittschuhlaufen ertrunken. Sonntag Nachmittags fand beim Schlittschuhlaufen auf dem Necker bei Mannheim zwei Mädchen von 7 1/2 und 8 Jahren ertrunken an der Uferlinie. Ein in der Nähe wohnender unbekannter Mann verfuhr, da er selbst ertrank, mußte aber von seinem Verhaben ablassen, da er selbst ertrank. Die Leichen der beiden Kinder sind noch nicht geborgen.

Ein schwarzer Gentleman. Dem „Berl. Tagebl.“ schreibt ein Berliner Leser: Ich war gestern Abend in einem hiesigen Ge-

- 1729 Johann Pöpping in Ramen (Oberlausitz)
1814 Philosoph Eduard Keller in Württemberg
1820 Dichter Hermann Voss in Lützen
1849 Der schwedische Dichter und Kulturhistoriker August Strindberg
1905 Gapon's Zug zum Zaren.
1906 Wilhelm II. lobt die Polizei infolge ihres Verhaltens am Wahlrechts-Donnerstag.

Der Breslauer Stadthaushalts-Etat für 1908, dessen Erscheinen wir bereits meldeten, enthält in seiner allgemeinen Begründung folgende Ausführungen:

In den Jahren 1905-1907 brauchte trotz der sehr beträchtlichen Mehrausgaben, welche der durch die Eingemeindung und die Bevölkerungszunahme veranlasste weitere Ausbau der Stadt und die Erhöhung fast sämtlicher Gehälter und aller Löhne verursachten, nur ein Zuschlag von 136 Prozent zur Staatskommunsteuer und ein um 24-25 Proz. höherer Prozentsatz der Realsteuern erhoben werden, weil die durch ordentliche Mehreinnahmen nicht gedeckten Mehrausgaben in den Jahren 1905 und 1906 vor allem durch beträchtliche Ersparnisse aus den Vorjahren, im Etat für 1907 aber dadurch ausgeglichen wurden, daß neben dem auf 500,000 M. geschätzten Ertrage der neu eingeführten Vermögenssteuer infolge der Novelle zum Einkommensteuergesetz eine besonders erhebliche Steigerung des Ertrages der Einkommensteuer zu erwarten war. Keines dieser Momente trifft für 1908 zu. Der aus dem Jahre 1906 verfügbare Ueberschuss übersteigt den des Vorjahres nur unerheblich. Aus der Vermögenssteuer darf nach den bisherigen Ergebnissen auf eine erheblichere Einnahme höchstens nach längerer Zeit gerechnet werden. Die Steigerung des Ertrages der Einkommensteuer aber wird sich, nachdem die Heranziehung aller steuerpflichtigen Personen durchgeführt ist, bei dem nachteiligen Einflusse der Person unzulässigen Verhältnisse des Gehaltens vor allem auf die Baugewerke und die Baukletteranten höchstens in den Grenzen der früheren Jahre halten. Unter diesen Umständen war vorauszu sehen, daß die Steuerzuschläge, deren Erhöhung durch die Wertzuwachssteuer möglichst bis zur Aufhebung der Einkommensteuern hinausgeschoben werden sollte, schon für 1908 erhöht werden müßten. Auch die starke Steigerung der Preise sämtlicher Betriebsmaterialien, namentlich der Kohlen, bedingt, wie schon erwähnt, so auch den beträchtlichen Anstieg der Kosten der Betriebsmaterialien und demnach die wachsenden Schuldenlasten wesentlich höhere Ueberschüsse nicht zu erwarten sind. Überdies - infolge des dem Landtage vorliegenden Voranschlags - eine beträchtliche Erhöhung der Provinzialabgaben mit Sicherheit zu erwarten ist, so mußte der Etat zur Vermeidung einer zu starken Erhöhung der Steuerzuschläge mit größter Sparsamkeit aufgestellt werden. Es ist daher vielfach davon abgesehen, im Jahre 1908 selbst recht wünschenswerte Neueinrichtungen zur Ausführung zu bringen. Nur die Herstellung solcher bisher nicht vorhandenen Einrichtungen konnte vorgeesehen werden, deren Schaffung im Interesse der Gesundheit, Fortbildung, des Verkehrs oder aus Gründen der Sparsamkeit unbedingt notwendig erschien. Gleichwohl haben die dauernden Ausgaben der städtischen Verwaltungen gegenüber dem Voretat eine beträchtliche Erhöhung erfahren. Wenn auch von einer allgemeinen Steigerung der Gehälter abgesehen ist, so mußten doch die Besaläre der städtischen Lehrkörper an den Volksschulen, einzelner höherer Gruppen von Beamten, Angestellten und Arbeitern, namentlich mit geringeren Einkommen, den gegenwärtigen Löhnsverhältnissen angepaßt und die meisten Stellenlücken heraufgestellt werden. Hierzu tritt eine durch den wachsenden Umfang der Verwaltung, vor allem durch die starke Zunahme der Steuerpflichtigen bedingte, beträchtliche Vermehrung der Beamten. Die Ausgaben für die offenen und geschlossenen Armenpflege durch Einrichtung einer weiteren städtischen Verberterung der Anstaltskosten, den Ausbau des Kinderhospitals, die nötigen für das Volkshauswesen durch den weiteren Ausbau der Mittel- und landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen eine über das normale Maß hinausgehende Steigerung erfahren. Da der weitere Ausbau der Stadt, die erhebliche Veranschlagung der Promenaden und Parkanlagen in den letzten Jahren trotz aller Einsparungen höhere Ausgaben erforderten, zur Verzinsung und Tilgung der 1907 bezogenen und 1908 zu bezahlenden Anleihebeträge, für Postzinsen und Provinzialabgaben sehr beträchtlich erhöhte Aufwendungen gemacht werden müssen, sind die dauernden Ausgaben der städtischen Verwaltungen gegenüber dem Voretat eine beträchtliche Erhöhung erfahren. Wenn auch von einer allgemeinen Steigerung der Gehälter abgesehen ist, so mußten doch die Besaläre der städtischen Lehrkörper an den Volksschulen, einzelner höherer Gruppen von Beamten, Angestellten und Arbeitern, namentlich mit geringeren Einkommen, den gegenwärtigen Löhnsverhältnissen angepaßt und die meisten Stellenlücken heraufgestellt werden. Hierzu tritt eine durch den wachsenden Umfang der Verwaltung, vor allem durch die starke Zunahme der Steuerpflichtigen bedingte, beträchtliche Vermehrung der Beamten. Die Ausgaben für die offenen und geschlossenen Armenpflege durch Einrichtung einer weiteren städtischen Verberterung der Anstaltskosten, den Ausbau des Kinderhospitals, die nötigen für das Volkshauswesen durch den weiteren Ausbau der Mittel- und landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen eine über das normale Maß hinausgehende Steigerung erfahren. Da der weitere Ausbau der Stadt, die erhebliche Veranschlagung der Promenaden und Parkanlagen in den letzten Jahren trotz aller Einsparungen höhere Ausgaben erforderten, zur Verzinsung und Tilgung der 1907 bezogenen und 1908 zu bezahlenden Anleihebeträge, für Postzinsen und Provinzialabgaben sehr beträchtlich erhöhte Aufwendungen gemacht werden müssen, sind die dauernden Ausgaben der städtischen Verwaltungen gegenüber dem Voretat eine beträchtliche Erhöhung erfahren.

Dampfer, als Maßnahmen gegen die Viehseuche, sind Maßnahmen gegen die vrenkischen Junker und das beste Schutzmittel der Vrenker gegen die Junker ist das adarme, gleiche, achte und direkte Wahlrecht. (Silbermischer Beifall bei den Sozialen und lautes Lachen rechts, Lachen rechts: Viehseuche, Viehseuche!)
Abg. Dr. Hüffel (Mit.): Sperrmaßregeln werden nur aus sanitären Gründen vorzunehmen, nicht um die Preise zu steuern. Der Scheidemann sollte den Arbeitlosen, bei denen er worten können wird den Rat geben, aufs Land zu gehen. Dort finden sie Arbeit. (Bravo rechts, Lachen bei den Sozialen.)
Abg. Dr. Wugdan (Fr. Vpt.): Die Sperrmaßregeln dürfen nicht unbedeutend vorzuziehen werden; manchmal sind sie sanitär durchzuführen. So oft sie freilich zu agrarischen Maßnahmen entarten, müssen sie bekämpft werden. Es mißfällt mir, daß in dem vorliegenden Geleze wieder der Polizei so wichtige Befugnisse eingeräumt werden. Wir sind bereit, in der Kommission an der Vorlage, deren Grundzüge wir billigen, mitzuwirken. (Beifall bei den Sozialen.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Alle Parteien sind, nach den Ausführungen der Staatssekretäre, bereit, an dem Geleze mitzuwirken. Auch bei Herrn Scheidemann waren die Ausfälle auf Junker- und vrenkisches Landtagswahlrecht, wohl nur Worten, die keine grundsätzliche Rufführung zu dem Geleze verhalten sollten. Die Regierung hat nicht aem scharfe Maßregeln vorgeschlagen; aber Übergründlichkeiten für den Einzelnen sind immer noch besser, als die Gefahr der Seuchenausbreitung. Die Abwehr von Seuchen aus dem Auslande muß mit besonderer Entschiedenheit betrieben werden; die Anwendung der betreffenden Bestimmungen soll sich aber immer innerhalb der Grenzen des hygienisch Gebotenen halten. Ueber die Fassung des einschlägigen § 6 können wir uns ja in der Kommission noch näher unterhalten. Die Entscheidung über die Fassung der Landesgesetzgebung überlassen; ebenso die Befreiung der Abdecker-Privilegien. Soweit aber die Abdecker unter Reichsrecht fällt, ist vom Reichsgesundheitsamt eine Vorlage über diese Materie ausgearbeitet, die dem Reichstage alsbald vorgelegt wird.

Abg. Windwald (Mit.) schilt auf Scheidemann, mündlich parlamentarische Sperrmaßregeln gegen das Ausland und Aufnahme der Faalbrut der Vrenker in das Geleze.

Abg. v. Sack-Jaworski (Vole) warnt vor zu weitgehenden Polizeibefugnissen.

Abg. Vogt-Trailheim (mitfch. Vga.) bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Götze (fr. Vga.): Unnütze Maßnahmen müssen unter allen Umständen vermieden werden. Das Verbrechen des Reichslandtags, die Grenzpermanen einseitlich und rechtsseitlich zu reaktiv, wird in der Vorlage nicht erfüllt, welche die Befugnisse der Grenzherren der Einzelstaaten überläßt. Die Konstitut-Befugnisse des Gelezes geben zu schweren Bedenken Anlaß, zumal ja in Preußen der Polizei die Ruhe als die erste Bürgerpflicht angesehen wird. Hoffentlich gelangt der Kommission die Entzerrung der parlamentarischen Sperrmaßregeln. (Bravo! h. d. Fr. Vga.)

Abg. Dr. Hülfs (Mit.) ist mit dem Gelezentwurf im allgemeinen einverstanden.

Abg. Wehl (natl.) bittet bei der Kommissionsberatung die Interessen der Herberer nicht ganz unberücksichtigt zu lassen.

Die Diskussion wird geschlossen und der Gelezentwurf einer 25 gliedrigen Kommission überwiesen. Darauf verläßt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. Erste Sitzung des Reichstagesgesetz. Zweite Sitzung der Reichstagsbeleidigungsvorlage. Schluß 6 1/2 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Eine Frau als Kandidatin für den Landtag in Pöhmen. Ende Feb war finden in Pöhmen Neuwahlen für den Landtag statt auf Grund des alten Kurienwahlrechts, welches die Arbeiterkategorie vollkommen von der Vertretung ausschließt. Die tschechische und allgemeine Sozialdemokratie, welche bei den Reichstagswahlen unter dem baltischen und gleichen Wahlrecht mehr als ein Drittel aller abgegebenen Stimmen erhalten hat, ist mit einem gemeinsamen Wahlaufruf in den Kampf getreten, in welchem namentlich die Notwendigkeit einer Wahlreform für den Landtag betont.

Sonntag, den 12. d. M. fand nun in Prag eine Landeskonferenz der tschechischen Sozialdemokratie statt, welche beschloß, in allen tschechischen Wahlbezirken Kandidaten aufzustellen. Die Kandidatenliste wurde sofort festgesetzt. Bemerkenswert ist, daß sich auf der Kandidatenliste auch eine Frau, die Genossin Steiner, befindet. Es ist dies auch das erste Mal, daß in Oesterreich auch eine Frau für eine gelebende Körperschaft kandidiert. Die tschechische Sozialdemokratie will hierdurch eine offener von dem Gesetzgeber nicht beabsichtigte Lücke des böhmischen Landtagswahlgesetzes andeuten, um ihre Programmforderung des Frauenwahlrechts so deutlich als möglich hervorzuheben. Die Chancen des Wahlkampfes sind natürlich bei dem Umstande, daß das Wahlrecht an eine direkte Steuerleistung von acht Kronen gebunden ist, kaum minimal. Es handelt sich bei der Aufstellung der Kandidaten jetzt hauptsächlich darum, einem jeden Wähler Gelegenheit zu bieten,

durch Abgabe seines Stimmzettels für einen sozialdemokratischen Kandidaten Protest zu erheben gegen das Kurienwahlrecht, welches das Land an den Rand des finanziellen Ruins gebracht.

Von der spanischen Sozialdemokratie. „El Socialista“, das Zentralorgan der spanischen Arbeiterpartei, hat mit dem 1. Januar sein Format vergrößert. Die Umgestaltung geschah auf die Veranlassung mehrerer Genossen, die eine vollständige Uebersicht der internationalen Bewegung wünschten, sowie daß das Blatt der internationalen Propaganda etwas mehr Raum widmete. „El Socialista“ steht jetzt im 13. Jahrgange.

Seit dem 15. Januar erscheint in Madrid eine vierzehntägige Revue unter dem Titel: „El Socialismo“ („Der Sozialismus“). Sie trägt wissenschaftlichen Charakter, wird der Theorie und der Praxis der internationalen Arbeiterbewegung dienen. Das neue Blatt steht auf dem Boden des Marxismus.

Arbeiterbewegung.

Wie's paßt! Durch die hürrende und besonders die gelbe Treibscherevielle acht eine häßliche Notiz über die Denkmäler des Textilarbeiterkreises am Niederrhein, die so recht zeigt, wie's gemacht wird. Diese Notiz lautet:

„Verweirte Streikunterstützung. Der streikenden Textilwebern am Niederrhein wurde vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband die Streikunterstützung entzogen. Die Führer des genannten Verbandes erklärten den Anstand für beendet und überließen die vorher von ihnen bestellten Arbeiter ihrem Schicksal! Hier waren allem Anscheine nach keine 80.000 M. Ueberschuss heraufzuwirtschaften, wie das bei dem vor vier Jahren um diese Zeit bestellten Streik der Rheinländer Weber geschah!“

Nichtig ist, daß der Zentralvorstand des Textilarbeiterverbandes mündlich die Streikunterstützung verweigert hat. Es ist aber eine niederkämpfte Aiar, wenn es in der Notiz heißt: „die vorher von ihnen bestellten Arbeiter“. Die Führer hätten vielmehr auf ersuchlich den Textilarbeitern von dem Streik abgeraten und zwar nicht nur die Leitung der freien Gewerkschaften, sondern auch die der christlichen usw. Auch das ist nicht wahr, daß die trotzdem in den Streik getretenen Arbeiter ihrem Schicksal überlassen wurden. Es wurde ihnen später Streikunterstützung gewährt, ihnen aber erboten, den Streik zu beenden, weil die Konjunktur im süddeutschen Deutschland eine außerordentlich ungünstige ist. Das ist die Wahrheit.

Sächsische Staatsrettung. Wie Staat und Polizei den Arbeitswilligen und Unternehmern bevorzugen, davon gibt ein Streik der Bauarbeiter auf der ardenen Eisenbahnlinie in Döbeln bei Dresden wieder drastische Beispiele. Wie immer, wenn irgend in Dresden oder Umgebungen die Mauer in einem Kampfe mit einem Unternehmer stehen, über einen Bau die Sperre verhängen, da erhebt die Dresdener Arbeiterschaft willigen Lausener mit ihrem Führer, einem mäßigsten Bauunternehmer, auf dem Plan, um im Trüben zu fischen. Diese Kolonne lebt dem internationalen Streikbuch. Auch in Döbeln hat sie sich erhoben, den Resten in der Not zu helfen. Diese Leute werden Morgens in einem besondern Eisenbahnwagen von Dresden nach Seubitz transportiert, dort von der Polizei in Empfang genommen und nach der Hütte geführt. Der Heimweg vollzieht sich ebenso. Und dabei handelt es sich bei dem Kampf nicht etwa um Lohnforderungen der Streikenden, sondern um einen Bau, den die Direktion in der jetzigen feurigen Zeit machen wollte. Die sächsische Regierung hat am 19. d. M. ein Verbot erlassen, während die auf einmündigen Mauer, die habelang auf der Hütte gearbeitet haben, 42-45 Mann erteilt. Der Direktor erklärte, auf eine tausend Mark läme es ihm in diesem Fall nicht an. Ein eifer Scharfmacher, dieser Herr Direktor, und das wird nach indirekt von Staat und Polizei unterstützt - natürlich im „Interesse der Ordnung und Sicherheit des Staates“.

Unternehmendigkeit. Der Verband der Feinwebereien Deutschlands beabsichtigt nach Reimwandschriften eine Vertition an den Reichstag zu schicken, worin er erucht, daß zur Einführung der durch die Novelle zur Gewerbeordnung als Maximalarbeitszeit für weibliche Arbeiter vorgesehene Arbeitszeit für weibliche Arbeiter vorangehende Arbeitszeit eine erprobte Lohnangelegenheit, also bis Januar 1912, notwanda sei. Nach dem Entwurf sollen die Bestimmungen schon mit dem 1. Januar 1910 in Kraft treten. - Trotz dieser offenkundigen Arbeiterfeindschaft gehen sich die Unternehmer und die bürgerlichen Abgeordneten aber immer noch als die einzigen wahren Freunde und Förderer der Sozialpolitik aus.

Der Streik bei der Schiffahrtsgesellschaft Palmatia in Spalato ist beendet. Die Mannschaft hat den Dienst wieder aufgenommen.

Die Krisis in der englischen Baumwollindustrie. Wie aus London berichtet wird, haben mehr als 90 Prozent der Baumwollspinnereibetriebe von Lancashire ihren Arbeitern mitgeteilt, daß sie am 25. d. M. entlassen werden, doch sind Verhandlungen im Gange und bereits so weit vorgeschritten, daß eine Einigung unmittelbar bevor stehen muß.

launten Weinsozial Zeuge folgender kleinen Szene: An einem Tisch erregten vier Herren, deren Keufers unterkennbar auf Reserveleutnant und Affektor deutete, durch ihre überlante Lebendigkeit schon launz beifälligen Aufsehen. Plötzlich wurde ihre Erregtheit zu einer förmlichen Wut gesteigert, als ein einer der Nachbarn ein schwarzhaariger Gentleman vornehm und gelassen Platz nahm. Sofort erhob sich ein Entrüstungssturm in dem Kreise der vier Herren über die „Freiheit des schwarzen Schweines“; man forderte die sofortige Entfernung dieses Subjektes, und als der Wirt endlich die vielen, nicht wiederzugebenden Beleidigungen sich entschied, aber höflich (in einem ährigen idiosynkratischen Deutsch) verbat, drohte man, zu Taktischen überzugehen. Selbstverständlich begannen jetzt die anderen Gäste des Lokals und der Wirt an Worten des schwarzen Herrn (der sich wie ein wahrer Gentleman benahm) zu intervenieren, und die Szene endete schließlich damit, daß die Aufstörer einen sehr unwilligen Rückzug antreten mußten. Allerdings konnte sich ihr Führer nicht verlegen, noch vorher in einer brüllenden Rede die Niedertracht der schwarzen Rasse, die Ueberlegenheit der Weissen und ganz besonders die Ungerechtigkeit anzuzeigen, daß er als Reserveleutnant und Beamter, der in unseren Kolonien tätig gewesen sei, den Schwarzen hier weichen müsse. - Und die Aufstörer waren Artillerie und Pioniere der europäischen Kultur!

Die „heilige Ehe“ in der bürgerlichen Gesellschaft ein brutales Geschäft. In einer der letzten Nummern des „Proger Tagblattes“ findet sich nach Mitteilung des Deutschen Volkshaus nachstehende durchaus ernsthaft gewonnene Angabe eines heiratungsfähigen Jünglings:

„Suche für meinen sehr angenehmen und geschäftsfähigen Fr. Pruder passende Partie.“

Derselbe ist 30 Jahre alt, groß, schl., bjt. Vertreter einer Privatbank, hat 4000 Kr. Selbstkapital und würde am liebsten in Lfd. oder Leder einheiraten. Anträge unter Täglich und Freitag 2032-12 an d. Abm. d. Bl.“

Was Gott zusammenfügt, das soll der Mensch nicht scheiden - fast die Kirche und ihre Anhänger wollen die Gottin mit Hst oder Leder zusammenfügen. Zwischenmisch regen sie sich über die Ehefreundschaft der Sozialdemokraten auf.

Ans den höchsten Kreisen. Der Berliner Sozialdemokrat und als Betrachter: Der Adelsmarschall Präsident des hohen Adels Lichtschin und die Staatsrätin Gemenis, beide verheiratet, haben gemeinsam eine Heiratliche Bedenklichkeit, wo der Adelsmarschall tot und die Staatsrätin ohnmächtig aufgefunden wurden. Letztere sagte aus, beide hätten betrunken die Königin spanischer Fliegen verflucht. Während die Königin den größten Teil wieder von sich ab, ist der

Adelsmarschall gestorben. - Spanische Fliegen sind ein Medikament (Kamphorin), die, innerlich genommen, besonders stark auf die Gasa- und Geschlechtsorgane wirken.

Der Sportgenosse am jüngsten Tage. In der am 3. d. M. erschienenen Nr. 1 der „Südd. Sportzeitung“, des Präorgans der süddeutschen Fußballvereine, finden wir die folgende geschmacklose

Todes-Anzeige.

Wir erfüllen die traurige Pflicht, die Bekannten unseres Vereines und die ganze Sportwelt von dem Ableben eines unserer treuesten Mitglieder, Herrn

Johannes Submann

in Kenntnis zu setzen.

Wäge ihm die Erde leicht sein, möge er in Ruhe und Frieden dem Tag der Auferstehung entgegenzusehen, und möge ihm, wenn die Sonne des Weltgerichts rait, als erster und angenehmer Bedruf das gedämpfte „Gipp, hupp, hurra!“ in die Ohren tönen, das ihm die trauernde Adelsmarschallin Fußball-Gesellschaft 1903 in wehmüthiger Erinnerung an seinen treuen Sportgenossen ausbringt. Friede seiner Ache!

J. A.: der Ludwigshafener F.-G. 1903. August Straub.

So ist's recht: der richtige Sportgenosse denkt auch am jüngsten Tage zuerst an seinen Fußballklub, bringt ihm mit gedämpfter Stimme ein „Gipp, hupp“ und steht dann erst zu, ob er zur Rechten oder zur Linken des Weltgerichtes verlammet wird!

Keine Chronik. Vor dem Schwarzwald Mannheim begann Montag Vormittag die Verhandlung gegen den Generalagenten Brucker aus Niederlahausen. Brucker ist mehrjähiger Verbrecher der verurtheilt und vollendeten Notthat beschuldig. Es sind 132 Zeugen geladen. Die Öffentlichkeit wurde ausgeschlossen. Die Verhandlung wird wahrscheinlich drei Tage in Anspruch nehmen. - Ein frecher Straßenraub wurde Sonntagabend Nachmittags in Kassel mitten in der Stadt, in der Nähe der St. Marienkirche, verübt. Ein junger Mann einer Baumunternehmerfamilie sollte einen Beutel mit 2000 M. Reisegebern zu einem Reiben in der Hofstraße bringen. Unverwundet überfielen den jungen Mann plötzlich zwei Männer von hinten, schlugen ihn zu Boden und nahmen ihm den Beutel mit Geld ab. Dann entflohen sie mit der Beute, ohne

daß sie anhaften werden konnten. - Aus Antwerpen wird gemeldet: Während des dichten Nebels ist am Sonntagabend der Dampfer Hst gegen den Dampfer Finnland gerannt und erlitt so schwere Beschädigungen, daß er 4 Stunden wüter sank. Die Passagiere rettete sich in Pooten. Es fehlten jedoch 4 Mann der Besatzung und man befürchtet, daß diese ungelungen sind. - Ein schweres Grubenunglück hat sich nach einer Explosion in der Grube Couchant de Fleury (Belgien) ereignet. Das Unheil hat sechs Tote, sieben Schwerverletzte und acht Leichtverletzte als Opfer gefordert. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht völlig aufgeklärt. Aus dem Umstande, daß die Vermundeten schwere Brandwunden aufwiesen, schließt man, daß die Katastrophe auf schlaacende Wetter zurückzuführen sei. Die Toten konnten sämtlich geborgen werden.

Preussisches Wiegenglied.

Im Zeichen der Blut-Kera.

Schlaf, Preuße schlaf - Du fromm geduldig Schlaf! Und werde niemals munter, Wir treiben's desto bunter, Schlaf, Preuße, schlaf!

Schlaf, Preuße, schlaf - Du quies, treues Schlaf! Zahl' nur ruhig Stenern, Auch zur Zeit, der inneren, Schlaf, Preuße, schlaf!

Schlaf, Preuße, schlaf - Du fleis zufriedener Schlaf! Du darfst uns ja auch wählen, Sonst aber nichts erwählen, Schlaf, Preuße schlaf!

Schlaf, Preuße, schlaf - Du einzig treues Schlaf! Laß' dich nur nicht verführen, Das Wahlrecht anzuwählen, Schlaf, Preuße, schlaf!

Schlaf, Preuße, schlaf - Schlaf nur ewig - schlaf! Und werde niemals munter, Wir treiben's desto bunter, Schlafe ewig - schlaf!

... mit 26,271,596 Mark gegenüber dem Vorjahre mit 26,271,596 Mark um 1,888,290 Mark höher, während die Steigerung im Voretat nur 1,277,871 Mark, im Etat für 1906 dagegen rund 1,800,000 Mark betrug.

Erheblich geringer ist verhältnismäßig die Erhöhung der außerordentlichen Ausgaben. Mit Rücksicht auf die finanzielle Lage ist von der Herstellung vieler von der Promenaden-, der Sicherheits- und Baudeputation empfohlenen Anlagen und von nicht zwingend notwendigen Verbesserungen an den Dienstgrundstücken abgesehen worden. Indes veranlaßt die Einrichtung der Gasfluchtbeleuchtung in den Promenaden und öffentlichen Anlagen, die Durchführung der Bahnhofsstraße und der bereits beschlossene Neubau eines Ueberwinterungshauses, sowie die Herstellung des Platzes an der Granenburgerstraße nicht unerhebliche Kosten. Auch sind größere Ausgaben zur Unterhaltung und Instandsetzung älterer Schulgebäude und dazu aufzuwenden, einige öffentliche Grundstücke in einen den polizeilichen Anforderungen gemäßen Zustand zu setzen. Im ganzen sind zu einmaligen Ausgaben 705,284.02 Mark erforderlich, gegen den Voretat mit 618,195.98 Mark, mit dem 87,088.64 Mark mehr.

Von den einen Zuschuß beanspruchenden Betriebsverwaltungen hat der Kasin, insbesondere in den letzten Monaten, die Straßenbahn fast während des ganzen Jahres einen regeren Verkehr anzuweisen. Wenn gleichwohl beide Unternehmungen für 1908 fast den gleichen Zuschuß erfordern wie für 1907, so hat dies bei dem Kasin in geklärten laufenden und einmaligen Betriebsausgaben, bei der Straßenbahn vor allem darin seinen Grund, daß die auf fünf Jahre im voraus zu entrichtende Prämie für die Haftpflichtversicherung zahlbar wird. Auch die Kleinfischerei erfordert einen nur wenig geringeren Zuschuß. Der für diese Betriebe nötige Zuschuß ist mit 282,720 Mark gegen denjenigen des Vorjahres mit 283,185 Mk. um 465 Mark geringer.

Bei Bemessung des Hauptaushusses für 1908 konnte auf die von der künftl. Staatsregierung geplanten Vorlagen betr. die Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten unter vollständiger oder teilweiser Aufhebung des Beamtenprivilegs keine Rücksicht genommen werden, weil diese Vorlagen bisher noch nicht irgendwo bekannt, in ihrer Tragweite auf die Verhältnisse unserer Beamten aber nicht hinreichend genau bekannt. Nebenfalls wird das Gehaltsprivileg nicht mehr in dem Maße der Vorläufe in Anspruch genommen werden können, wenn die von der Landesregierung der Vermögenssteuer stark beeinflussten Ueberhörs des laufenden Rechnungsjahres eine weitere Erhöhung der Steuern für 1909 vermieden werden soll. Es konnte daher unbedenklich ein um 93,759.31 Mk. niedrigerer Betrag von 418,208.70 Mk. eingeplant werden. Hierzu treten außerdem noch die Steuern 212,000 Mk., um welche wir zufolge des Polizeikosten-Erhöhungsurteils, der dem Ueberwinterungshauses vorliegt, die Polizeikosten erhöht haben, die nur aber (entsprechend der von der künftl. Staatsregierung gemachten Vorlage) in den Etat der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben eingestellt haben.

Sternach ist die Gesamtausgabe mit 29,513,937.72 Mark gegenüber denjenigen des Voretats mit 27,684,913.42 Mk. um 1,831,154.30 Mk. höher.

Dagegen sind die Einnahmen nur um etwas über 330,000 Mk. größer. Wenn auch bei den Kämmerergrundstücken aus der Verbauung von Steine-Wittenborn und der fastlichen Vertriebsfirma etwas bessere Erträge zu erwarten sind, von der Breslauer Straßeneinheitssteuer jedoch eine um 330,000 Mk. höhere Abgabe zu erwarten ist, und sich die von den Betriebsverwaltungen der Schuldenverwaltung zu erhaltenden Beiträge um zusammen 218,000 Mk. erhöhen, so mußte andererseits bei den Verhältnissen des Geldmarktes und der mit der Vermögenssteuer bisher gemachten Erfahrungen der Ertrag der Umsatz- und Wertzuwachssteuer um 550,000 Mk. niedriger eingeplant werden. Von den Betriebsverwaltungen lassen der Vieh- und Schlachthof und die Stadtbank einen etwas höheren Ueberhörs aus den Betrieben selbst erhoffen. Bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken aber ist aufzunehmend die Einstellung eines etwas höheren Ueberhörs nur dadurch möglich geworden, daß zwar für 1908 von einer Erhöhung des Gas- und des Wasserpreises noch abgesehen, die reichlich bemessenen Rücklagen aber bei der Neuheit der meisten Anlagen noch weiter wie im Voretat herab getätigt wurden, daß die nachhaltige Erweiterung und finanzielle Kräftigung der Werke im Sinne früherer Ausführungen noch eben gesichert bleibt. Der aus dem Jahre 1906 verfügbare Ueberhörs ist nur um 40,929.30 Mk. größer wie der im Voretat eingeplant. Die Gesamteinnahme von 15,853,497.72 Mk. geht über diejenige des Voretats von 15,515,348.42 Mk. nur um 338,149.30 Mark hinaus.

Der Steuerbedarf ist mit 13,662,600 Mark um 1,493,005 Mark höher wie im Voretat. Seine Deckung hat bei nicht wesentlich verschiedenen Verhältnissen wie in den Vorjahren derart zu erfolgen, daß der Prozentsatz der zu erhebenden Realsteuern um etwa 25 Prozent über die Zuschläge zur Staats- und Gemeindefiskus hinwächst. Das Soll der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer, welches 1906: 2,150,579 Mark, im Jahre 1907: 2,238,499 Mark betrug, kann bei Berücksichtigung der Zugänge nach dreijährigen Durchschnitt im ganzen auf 2,349,063 Mark, der Einheitsfuß mithin auf 23,490 Mark angenommen werden. Der gemeine Wert der Grundstücke ist von 1159 Millionen Mark im Jahre 1906 auf 1200 Millionen Mark im Jahre 1907 gestiegen und kann nach dem dreijährigen Durchschnitt der Zugänge unter Berücksichtigung der in die Erhebung getretenen besonders starken Wertsteigerung der unbebauten Grundstücke auf 1,251,098,000 Mark geschätzt werden.

Bei einem Veranlagungsloß der Gewerbesteuer für 1907 von 1,455,557 Mark beträgt der Einheitsfuß 9097 Mark. Indes lassen die bis Ende September 1907 eingetragenen Zugänge einen Jahresertrag erhoffen, der einem Einheitsfuß von etwa 9300 Mark entsprechen würde. Trotz des nachteiligen Einflusses, den die Verhältnisse des Geldmarktes auf viele Gewerbetreibende ausübten, schien es daher angängig, für 1908 einen Einheitsfuß von 9100 Mark anzunehmen. Bei der Gesamteinnahme von 7,234,868 Mark entsprechende Einheitsfuß von 53,197 Mark nur sehr wenig den im Etat angenommenen. Das berücksichtigte Soll weist Ende September 1907 mit 7,673,836 Mark ein Mehr gegenüber dem Etatloß von 465,836 Mark nach. Ein Ertrag, der einen Einheitsfuß von 56,424 Mark ergäbe. Welche Änderungen dieses Soll bis Ende des laufenden Rechnungsjahres noch erfahren wird, läßt sich umso weniger übersehen, als die Zahl der Absetzungen und Ermäßigungen von veranlagten Steuerbeiträgen auffallend groß ist. Da jedoch die Gemeindefiskusförderung im Jahre 1908 durch Heranziehung der verschiedenen Vereine eine Erweiterung erfährt, darf angenommen werden, daß ein Einheitsfuß von 55,500 Mark erreicht werden wird.

Es sind vor allem die vom preussischen Staat auferlegten Polizei- und Provinzialabgaben, welche eine Erhöhung der Steuern notwendig machen, wozu allerdings die Abschmächung der Vermögenssteuer durch die hausagratische Stadtverordnetenmehrheit das ihre beigetragen hat.

**Das Urteil des Reichsgerichts in Sachen Biewald.** Der bekannte Prozeß, den der Bierabfasser Franz Biewald, dem anlässlich der durch die Ausperrung der Breslauer Metallarbeiter entstandenen Zusammenstöße von einem Schutzmann die linke Hand abgehauen wurde, mit Unterstützung des Zentralverbandes der Handels- und Transportarbeiter gegen die Stadtgemeinde auf Grund des Tumultgesetzes angestrengt hatte, ist am 17. Dezember 1907 vom Reichsgericht, wie bereits mitgeteilt, endgültig zugunsten Biewalds entschieden worden. Jetzt liegt das Urteil schriftlich ausgearbeitet vor und die Entscheidungsgründe des 3. Zivilsenats sind so interessant und gerade in der gegenwärtigen Zeit der Wahrscheinlichkeitsdemonstrationen auf der Straße so wichtig, daß sie eine Veröffentlichung wohl verdienen. Das Reichsgericht hat zunächst den Tatbestand, der seinem Urteil zugrunde liegt, folgendermaßen festgestellt:

In den späten Nachmittags- und Abendstunden des 19. April 1906 fanden in Breslau aus Anlaß der Ausperrung von Metallarbeitern Zusammenrottungen erregter Volksmassen statt, die einen so bedrohlichen Charakter annahmen, daß unumgängliche Maßnahmen getroffen und von der blanten Waffe Gebrauch gemacht werden mußte. Außer anderen Personen ist hierbei auch der Kläger verletzt worden, dem durch einen Säbelhieb die linke Hand abgeschlagen wurde und der deshalb teils auf Grund des Tumultgesetzes vom 11. März 1850 die beklagte Stadtgemeinde in Anspruch genommen hat. Soweit die Verletzung des Klägers in Frage steht, so war von der Polizei auch die Maßregel getroffen, daß Patrouillen ausgesandt wurden mit der Weisung, Ansammlungen in den Straßen zu zerstreuen, die Leute anzuhalten, nach Hause zu gehen, zu verhindern, daß sie aus den Hausfluren wieder auf die Straße drängen und dabei nötigenfalls Waffengewalt anzuwenden. Eine solche Patrouille kam Abends zwischen 7 und 8 Uhr auch in die Hildebrandstraße, wo der Kläger mit einer Anzahl anderer Personen vor dem Hause Nr. 25, in welchem er wohnte, stand. Vor der nahenden Mannschaft stützten die Leute in das Haus. Nach der von der Stadtgemeinde Breslau nicht bestrittenen Darstellung Biewalds schloß einer von den flüchtenden Leuten die Tür vor den Schutzmännern zu, diese aber sprangen sie wieder auf und verfolgten die auf dem Hausflur versammelte, jetzt aber auseinanderlaufende Menge, wobei ein seiner Persönlichkeit nicht ermitteltes Schutzmännchen dem Biewald, der nach seiner Angabe im Gefühl seines schuldlosen Verhaltens — er war an den Straßengehen nicht beteiligt gewesen — etwas langsam ging folgte und mit den Worten einer Beleidigung sprach: „Lump, mach, daß du raus kommst, sonst passiert etwas!“ mit dem Säbel auf ihn einhieb und mit dem dritten Schläge ihm die linke Hand, mit der er das Treppengeländer gefaßt hielt, vom Arme trennte.

Auf Grund dieses Tatbestandes hatte bereits das Oberlandesgericht zu Breslau die Stadtgemeinde für haftbar auf Grund des Tumultgesetzes erklärt. Die Stadt Breslau hatte jedoch dieses Urteil noch auf dem Wege der Revision beim Reichsgericht angefochten und hatte Abweisung der Klage Biewalds beantragt, weil das Tumultgesetz aus 3 Gründen nicht anwendbar sei.

1. weil weder ein zeitlicher noch örtlicher Zusammenhang zwischen den Zusammenrottungen und der Beschädigung des Klägers bestanden;
2. weil die getroffenen gesetzlichen Maßnahmen sich nicht wie das Gesetz erfordere, unmittelbar gegen offene Gewalt gerichtet hätten;
3. weil das Vorgehen des Schutzmanns keine gesetzliche Maßregel, vielmehr direkt ungesetzlich gewesen sei.

Das Reichsgericht hat alle diese Einwendungen des Breslauer Magistrats gegen die Haftansprüche der Stadt für unzutreffend erachtet, und gegenüber ihren Einwendungen ausgeführt, daß zunächst der zeitliche und örtliche Zusammenhang zwischen dem Tumult und der Beschädigung des Biewald gegeben sei. Denn der Tumult habe bis weit in die neunte Stunde gedauert und bei der Beweiskraft der Menschenmenge sei es natürlich, daß er sich zeitlich und örtlich nicht genau abgrenzen lasse. Daß Abwehrungsmaßnahmen namentlich auch an solchen Orten getroffen werden mußten, wo eine erneute Ansammlung oder von welcher aus ein neuer Zug zu besorgen sei. Diese Maßnahmen erriemen auch solange geboten, als der Tumult nicht völlig gedämpft war.

Den zweiten Einwand, daß die getroffenen Maßnahmen sich nicht unmittelbar gegen offene Gewalt gerichtet hätten, erklärt das Reichsgericht für ganz hinfällig. Nach dem Wortlaut, der Entstehungsgeschichte und dem Zweck des Tumultgesetzes, wolle es die Bürger auch gegen den Schaden schützen, der durch die Abwehr von Zusammenrottungen und Zusammenläufen entsteht, selbst wenn dabei offene Gewalt nicht in Frage käme. Gerade im vorliegenden Falle aber waren das Aufgebot der Schutzmännern, die Ausendung der Patrouillen und die Anordnung eventueller Waffengebrauchs angeordnet worden und zur Abwehr der offenen Gewalt, die die Erhebenden sowohl gegen die Arbeitswilligen, wie gegen die Polizeibeamten verübt hatten.

Am interessantesten und weittragendsten sind aber die Ausführungen des Reichsgerichts gegenüber dem dritten Einwand, daß der Schutzmann mit dem Säbel insofern ungesetzlich gehandelt habe, als er, selbst wenn er sich zur Anwendung von Waffengewalt für befugt hielt, nicht mit der nach den bestehenden Vorschriften gebotenen Vorsicht und Schonung vorgegangen sei. Das Reichsgericht hielt diesen Einwand nicht für entscheidend. Nach dem klaren Wortlaut des Tumultgesetzes komme es nur darauf an, daß die Verletzung in Anwendung der gesetzlichen Maßnahmen erfolgt sei. Darunter seien die Anordnungen zu verstehen, welche von den Leitern der Sicherheitsorgane in den Schranken des Gesetzes getroffen werden und von dem Exekutivbeamten zu befolgen sind. Soweit sich die Exekutivbeamten überhaupt im Rahmen der getroffenen Maßnahmen bewegen, sind die Gemeinden für die von ihnen herbeigeführten Beschädigungen und Verletzungen haftbar, auch wenn sie in sachlässiger Uebersehung ihrer Befugnisse handeln. Diesen wichtigsten Satz folgert das Reichsgericht, den Gründen des Oberlandesgerichts Breslau folgend, aus dem Zweck des Gesetzes, das eine Entschädigung der zu Unrecht geschädigten Bürger wolle. Diese Absicht würde aber bei einer anderen Auffassung des Gesetzes leicht vereitelt werden, da bei solchen Tumulten die Besonnenheit zu leicht verloren geht. Im vorliegenden Falle habe die Patrouille und der unbekannte Schutzmann noch im Rahmen ihres Auftrages, in Anwendung der getroffenen Anordnungen gehandelt. Denn wenn auch die auf der Straße lebenden Menschen in das Haus geschickt seien und die Tür geschlossen hätten, so dürfe doch nicht übersehen werden, daß die Schutzmänner ausdrücklich auch angewiesen waren, dafür zu sorgen, daß die Leute in ihre Wohnungen gingen und nicht wieder auf die Straße hervordrängten. Wenn nun der Menschenshaufen in den Hausflur rückte und vor den anrückenden Schutzmännern die Tür schloß, konnten diese befürchten, daß die Menge alsdann nach ihrem Weggange wieder auf die Straße zurückkehren werde. Durch die mitgeleitete Uebernahme des Schutzmanns geht ja auch hervor, daß dieser insofern in Ausführung seines Auftrages handelte, als er Biewald zu veranlassen gedachte, sich schleunigst in seine Wohnung zu begeben.

Nach alledem hat das Reichsgericht die Voraussetzungen des Tumultgesetzes für gegeben erachtet und den von Justizrat Namroth-Breslau und Justizrat Puzler-Leipzig vertretenen Klageanspruch Biewalds dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Die Stadtgemeinde Breslau trägt die Kosten des

Prozesses für alle drei Instanzen. Die Höhe der Entscheidung, die Biewald erhalten soll, muß noch in einem besonderen Verträge festgesetzt werden. Dieser muß nun die Stadtgemeinde, die der Polizei nichts zu sagen hat, bluten, während gerechterweise der Polizei-Etat die Entschädigung zu tragen hätte. Das würde vielleicht etwas abkühlend auf den Ueberleber mancher Beamten wirken.

**Gegen den Polizeikostenentscheidungsbescheid** haben die Oberbürgermeister der großen Städte Preußens an das Abgeordnetenhaus eine Eingabe gerichtet. Es wird darin nachgewiesen, daß, wenn nach dem Entwurf in Zukunft die Beiträge pro Kopf der Bevölkerung zu den Kosten der staatlichen Polizeiausgaben nicht mehr fest sein sollen, hierdurch eine große Verschiebung und Schmälerung der Rechte der Städte herbeigeführt werde.

Während — so wird darüber wörtlich ausgeführt — bisher der Staat in seinen Verträgen mit den Städten auf festbestimmte, leicht festzustellende Beiträge angewiesen war und sich bei seinen Ausgaben danach richten mußte, erhält er in Zukunft bezüglich der Polizeikosten das volle Verfügungsrecht über die Mittel der Städte. Er kann Ausgaben vorziehen, welche ihm beliebt, die Städte müssen sich damit abfinden, ohne daß sie auch nur das Mitbestimmungsrecht haben. Dieses bedeutet einen schweren Eingriff in die den Gemeinden zustehende eigene Verwaltung ihrer Angelegenheiten. Schutlos sind sie dem überlassen, was die Staatsregierung plant.

Weiter entnehmen wir der Eingabe folgendes:

Zur Begründung des Bescheidurteils sind verschiedene Nachweisungen beigelegt, in denen die Ausgaben der Städte mit königlicher Polizei mit den Ausgaben der Städte mit eigener Polizei verglichen werden. Diese Berechnungen leiden an einem Kardinalfehler; sie vergleichen die Polizeikostenbeiträge der Städte mit königlicher Polizei mit den Gesamtkosten für die kommunale Polizei. Dadurch kommt es, daß die bisherigen Leistungen der Städte mit königlicher Polizei ganz erheblich geringer erscheinen als die Kosten der Städte mit kommunaler Polizei, während tatsächlich diese Städte neben den Beiträgen zur königlichen Polizei noch erhebliche Sonderkosten für Polizei- und für sonstige Zwecke haben, welche sie bei kommunaler Polizei nicht haben würden. Es sei hier auf die Ausgaben für die Veterinärpolizei, Personenaufnahme, Räumungen, Meldeämter u. dergl. hingewiesen, ferner auf die erheblich höheren Kosten, welche durch die Verwaltung einzelner Polizeibereiche an Gebäuden und Diensträumen gegenüber dem Abzug von dem Kopfbeitrag entstehen. Rechnet man diese Kosten alle noch den Beiträgen hinzu, so entfernen sich diese nicht so sehr von den Kosten für die kommunale Polizei. Und dann haben die Gemeinden mit kommunaler Polizei noch den in Geld gar nicht zu bewertenden Vorzug, daß sie Herren im eigenen Hause sind und nicht fremde Gewalten darin schalten und walten zu lassen brauchen.

Nachdem sodann nachgewiesen worden ist, daß die in den statistischen Tabellen als Begründung angeführten Zahlen zum Teil falsch sind, heißt es:

Durch eine Ausführung des Herrn Regierungskommissars bei der ersten Lesung im Abgeordnetenhaus sind erhebliche Bedenken entstanden, ob die Staatsregierung nicht damit umgeht, das Recht der Städte zu verletzen, welches den Städten durch das Gesetz vom 20. April 1892 einzugetragen und auf den Staat übertragen war, wieder den Städten im Verordnungswege zuzuwenden. Damals haben die meisten Städte mit großen Protesten die Nachwächter für die ja keine Verwendung mehr hatten, vorstufenlos müssen. Wenn es in Zukunft, wie der Regierungskommissar erklärt hat, in dem Verleihen der Staatsregierung stehen soll, das Nachwachstüm der Städte wieder zuzuwenden, oder bei Einführung der königlichen Polizei es ihnen zu belassen, so würden dadurch untragliche Zustände geschaffen. Es ist daher dringend notwendig, durch Gesetz festzulegen, welche Zwecke der Polizeiverwaltung der Staat übernehmen kann und welche den Gemeinden zukommen. Nur dadurch kann einer Willkür vorgebeugt werden. Dieses ist um so wichtiger, als der neue Entwurf die in der Begründung zu § 6 des Gesetzes vom 20. April 1892 gemachte Zusage, den Städten die Wohlfahrts-Polizei zu überweisen, direkt ignoriert.

Unser Dreiklassenhaus ist jedoch so städtefeindlich zusammengesetzt, daß sich die Kommunalgesetz kaum Hoffnungen über die Wirkung ihrer Petition machen werden.

**Der neue Peters-Termin.** Am 20. Februar soll nunmehr die Verhandlung gegen die „Volkswacht“ wegen angeblicher Beleidigung Peters vor dem hiesigen Schöffengericht stattfinden. Macht bis dahin aber Peters seine im Kölner Prozeß ausgesprochene Drohung, daß er die Lust zum Klagen verliert, wenn in jeder Gerichtsverhandlung sein fröhlicheres Verhalten aufgerollt wird, wahr, dann ist es nicht unmöglich, daß Breslau um seinen Peters-Prozeß kommt.

**Ein erfreulicher Fortschritt.** Die Auflösung des Lokalvereins Breslau der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands und der Beitritt zum Zentralverband wurde in einer am Sonnabend stattgefundenen Versammlung im Beisein der beiderseitigen Hauptvorstände beschlossen. Der Uebertritt erfolgt zum 1. März. Wenn auch dieser Beschluß nicht einstimmig gefaßt wurde, so steht doch zu erwarten, daß alle Mitglieder des Lokalvereins ihren Uebertritt vollziehen, denn die bevorstehenden schweren wirtschaftlichen Kämpfe im Baugewerbe zwingen direkt zur Eingetret.

**Aus der letzten freimüthigen Versammlung in Breslau** wird uns von hiesiger Seite geschrieben: In der Rede, die Herr Müller-Berlin in dieser Versammlung hielt, erwähnte er u. a. auch die Sandflucht der Arbeiter. Weder die schlechte Bezahlung, noch die elenden Wohnungen setzen an ihr Schuld, sie seien vielmehr auf die patriarchalischen Verhältnisse zurückzuführen, die noch heute auf dem Lande herrschen. Der Arbeiter wolle sich die persönliche Unfreiheit, das beständige Unterdrückensein nicht mehr gefallen lassen, er verlange mit Recht, daß er mit seiner Arbeitskraft nicht gleich seine Freiheit verkaufe. Daselbst gelte von den Dienstboten. Wenn aber die Sozialdemokraten diesen durch Organisations- denn wir leben ja, wie Herr Müller selbst bemerkte, im Zeitalter der Organisationen — neben andern Verbesserungen ihrer Lage auch mehr Unabhängigkeit und Freiheit verschaffen wollen, so haben die Freimüthigen nur Spott und Hohn dafür. Und einer ihrer Führer, Herr Koppig, machte sogar den geschmackvollen Witz, die Dienstboten-Organisationen auf dieselbe Stufe mit etwaigen Organisationen der „Damen“ zu stellen, die sich Nachts auf der Friedländerstraße herumtreiben.

Herr Müller zeigte für die moderne Arbeiterbewegung mehr Verständnis als der Röm von Löwenberg; er nannte die Arbeiterfrage das größte Problem unserer Zeit und forderte vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit. Diese sei von wahrhaft kultureller Bedeutung. Es müsse dem Arbeiter Zeit gegeben werden, sich zu bilden, die Fortschritte kennen zu lernen, die die Wissenschaft in der letzten Zeit gemacht hat. Die Versammlung gab durch lebhaften Beifall ihre Zustimmung kund. Und doch hat sich gerade die Freimüthige Volkspartei bisher aufs heftigste gegen einen allgemeinen Normalarbeitsstag gestäubt. In der Diskussion erklärte Herr Justizrat Kellberg, daß die Freimüthigen nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Befreiung der Arbeiterklasse wünschen und benutzte die Gelegenheit, über die

